

# Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfunk“, „Sozialistische Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Legungspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Hauptstraße 4/6, durch die Abteilungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrich-Str. 105, Mathiasstraße 155, sowie durch alle Auswärtigen zu beziehen. Preis im voraus für ein Vierteljahr 0,42 Rmt. + 8 Pf. Träger- und Postgebühren 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einfließt. Zustellungsgebühren 2,48 Rmt.

## Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852  
Bankkonto: Dank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau  
Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschaltete Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Berammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Hauptstraße 4/6) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Halbmaß im Neuroder Revier 162 Todesopfer auf Wenzeslaus

### Bergungsarbeiten gehen langsam vorwärts — Zwei Retter tödlich verunglückt Kommunisten versuchen politische Leichenfledderei

#### Amlich

heute mitgeteilt, daß zur Belegschaft nicht nur 192, sondern 211 Leute zählten, von denen jetzt insgesamt 162 Tote geborgen sind und 70 als noch eingeschlossen gelten. — Die Ärzte des Knappschaftslazarets hoffen, die Geretteten in kurzer Zeit entlassen zu können.

Heute früh sind dann zwölf Tote, die im Laufe der Nacht zu Freitag geborgen werden konnten, über Tage gebracht worden. Da die Stellen von starken Kohlenabhaufen erfüllt sind, gelingt es den Rettungsmannschaften nur schwer, vorwärts zu dringen. Es dürfte daher noch mehrere Tage dauern, bis man die letzten eingeschlossenen erreicht. Der Optimismus des Bergamts bezüglich der Möglichkeit, diese noch lebend anzutreffen, ist wohl kaum gerechtfertigt.

#### Die Rettungsarbeiten

Seit den frühen Morgenstunden des Donnerstag arbeiten die Rettungsmannschaften in Neurode und alle angestrengt bei Einsetzung ihres Lebens. Es ist aber noch nicht gelungen, an die Unglücksstelle heranzukommen. Der Luftdruck ist noch so stark, daß selbst das Rettungsgerät verlagert und den Mannschaften die Masken vom Gesicht gerissen werden. Zahlreiche Personen wurden betäubt, andere schwer verletzt. Zwei Steiger liefen ihren Opfermut

#### mit dem Leben bezahlen

er eine erstickte, der andere kam mit einer Hochspannungsleitung in Berührung.

In den Mittagsstunden war ein Teil der giftigen Gase aus dem Schacht abgezogen und ein neuer Stoßapparat angebracht, um das Flöz von den herausgerissenen Stellen zu befreien. Die Leute kommen jedoch, obwohl der von ihnen mit einem Sauerstoffapparat ausgerüstet ist, nur sehr langsam und sehr schwer vorwärts. In Bild von dem gewaltigen Ausmaß der Katastrophe kann man sich machen, wenn man bedenkt, daß die Grube fast 3000 Meter von dem eigentlichen Ursprung der Kohlenäureexplosion in den Hauptschacht der Wenzeslausgrube nach Wölke getrieben wurden. Es wird immer wieder versucht, die mit Gas verseuchte Grube mit Kompressoren und anderen Mitteln zu reinigen.

Am Nachmittag kamen die Arbeiten wieder etwas ins Fluß, nachdem unter Führung von Bergat Werne neue Hilfsmannschaften eingefahren sind. Es gelang schließlich, eine der Wettertüren zu öffnen und fünf Tote, die dahinter lagen, zu bergen. Gegen 5 Uhr nachmittags war es dann möglich, weitere sechs Mann zu bergen. Zwei Rettungstrupps konnten bereits so weit vordringen, daß man einzelne Tote erkennen konnte. Da aber die Arbeiten mit den Sauerstoffapparaten zu schwierig waren, mußten die Rettungsmannschaften wieder unverrichteter Sache umkehren. Es ist auch mit Sicherheit anzunehmen, daß sich unter den eingeschlossenen noch Tote befinden, und so wird es wohl sehr lange dauern, bis auch die letzten Toten geborgen sind.

#### Die Kommunisten

haben natürlich Kapital aus dem entsetzlichen Unglück der Bergarbeiter schlagen und veranstalteten gestern eine Versammlung, die allerdings nur etwa 20 Besucher sah. Herr Wohlweber aus Breslau hielt eine lehrer üblichen Reden, mußte sich aber gefallen lassen, daß ein altr Gewerkschafter ihm unter Beifall der Anwesenden zurief, ob es nicht vernünftiger sei, die zu bewahren, so lange die Toten noch nicht einmal geborgen seien.

#### Was das Oberbergamt sagt

Das Conti-Nachrichten-Büro berichtet, daß von dem Oberbergamt nicht unbedingt die allgemein verbreitete Meinung geteilt werde, daß die 70 Mann, die auf Sohle 17 eingeschlossen sind, unbedingt verloren sind. Im Bergbau habe man in dieser Beziehung schon das Wunderbarste erlebt.

Die Gefahr der Kohlenäureausbrüche ist seit dem Jahre 1884 bekannt. Nur drei bis vier Gruben, die in der Hauptsache im Neuroder Revier liegen, sind in dieser Weise gefährdet. Das Gas kommt aus dem Erdinneren, aus den tieferen Schichten der Erdrinde, aus Spalten auf und verbreitet sich in die Kohlen-



Rettungsarbeiten im vergastem Schacht

flöße und in das benachbarte Gestein. Beim Abbau tritt es dann zu Tage. Manchmal aber sammeln sich die Gasmassen unter hartem Druck an, und es kommt zu Ausbrüchen.

Die Ausbruchsgeschichte hat auf der Wenzeslausgrube in der letzten Zeit zugenommen. Im Jahr 1929 wurden 35 Ausbrüche verzeichnet, ohne daß aber ein Menschenleben verloren ging. Von der Bergbaubehörde sind umfangreiche Maßnahmen getroffen worden, von denen man glaubte, daß sie die Sicherheit der Belegschaft unbedingt garantierten. Ungefährdeten Stellen hat man nach Zurückziehung der Belegschaft durch Fernzündung das

angesammelte Gas zur Explosion gebracht und dadurch jede Explosionsgefahr für die dort arbeitenden Menschen beseitigt. Nach den bisherigen Erfahrungen haben die Ausbrüche jedesmal etwa 100 Tonnen Kohle herausgeschleudert. Beim jetzigen Ausbruch dürfte ein vielfaches dieser Menge herausgeschleudert worden sein. Die Arbeiter sind entweder durch Erstickung oder durch diese herausgeschleuderten Gesteinsmassen getötet worden. Eine Explosion hat nicht stattgefunden.

Die sich überstürzenden Meldungen, die durch die begriffliche Panikstimmung nach dieser furchtbaren Katastrophe verbreitet wurden, gaben gestern erst ein unvollständiges Bild von den Umständen des Unglücks. Mitunter wurde gemeldet, die eingeschlossenen leben noch, dann wieder, sie sind sicher schon tot, und die Ziffern wurden bis zur Erscheinungstunde ständig ergänzt bzw. korrigiert. Mittags um zwölf Uhr ergab sich gestern folgendes Bild:

In der Steigerabteilung 18 waren bei dem Ausbruch 117, von denen 70 tot, 47 lebend geborgen werden konnten.

In der Steigerabteilung 18 waren 82 Mann, von denen zwei bereits leblos vor der Wettertüre zu dieser Abteilung aufgefunden wurden, sodas man annahm, daß auch ihre 80 Kameraden dem furchtbaren Geschick verfallen waren.

Im Knappschaftslazarett in Neurode bemühen sich sechs Ärzte und zahlreiche Pfleger und Pflegerinnen um die Verunglückten. Die Geborgenen wurden sofort mit Sauerstoff behandelt. Einige der Geretteten sind bereits wieder vernehmungsfähig, können aber nichts wesentlich Neues über die Katastrophe berichten. Da die meisten bewußtlos eingeliefert wurden und erst jetzt wieder zu sich kommen, wissen sie noch gar nicht, wie viele ihrer Kameraden der Katastrophe zum Opfer gefallen sind.

#### Hilfe des Reiches

Dem Antrag der Sozialdemokratie im Reichstag aus Anlaß der Grubenkatastrophe bei Neurode sofort mit ausreichenden Mitteln einzugreifen, sind die hinter der Regierung stehenden Parteien mit folgendem Antrag gefolgt:

„Angefaßt der Bergwerkskatastrophe auf der Wenzeslausgrube bei Hausdorf richten wir an die Reichsregierung das Ersuchen 1. mit größter Befehlsmöglichkeit die Ursache des Unglücks festzustellen; 2. alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Katastrophen dieser Art zu verhindern; 3. für eine ausreichende Unterstützung der Hinterbliebenen Sorge zu tragen.“

Der Preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat an die Zehnerverwaltung der Wenzeslausgrube folgendes Telegramm geschickt: „Zu dem schweren Grubenunglück, das auf so tragische Weise den Tod vieler waderer Bergleute herbeigeführt hat, spreche ich zugleich im Namen der Preussischen Staatsregierung herzlichste Teilnahme aus.“

# Das Grubenunglück im Landtag

### Eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag anläßlich der Grubenkatastrophe bei Neurode folgende Anfrage eingebracht:

Der furchtbare Kohlenäureausbruch auf dem Kurtschacht der Wenzeslaus-Grube in Neurode vom 9. Juli dieses Jahres tötete eine große Anzahl von Bergleuten. Zur Stunde muß angenommen werden, daß die Zahl der Toten weit über hundert beträgt. Vierundvierzig Bergleute liegen unter Bergungsergebnissen im Krankenhaus. Aus der Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen ist ersichtlich, daß sich im nieder-schlesischen Steinkohlenbergbau im Jahre 1928 acht Kohlenäureausbrüche ereigneten, wovon fünf auf die Wenzeslaus-Grube entfielen. Die außerordentliche Kohlenäuregefahr im nieder-schlesischen Steinkohlenbergbau ist ja allgemein bekannt. Aus Anlaß eines früheren Kohlenäureausbruches, dem zahlreiche Menschen zum Opfer fielen, wurde im Jahre 1921 durch den preussischen Minister für Handel und Gewerbe ein Ausschuss zur Erforschung der Kohlenäureausbrüche in Nieder-schlesien eingesetzt. Die umfassenden Forschungsergebnisse dieses Ausschusses wurden im Band 75 der Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen (Jahrgang 1927) veröffentlicht. Dieser umfassenden Arbeit wurden Richtlinien zur Bekämpfung der Kohlenäuregefahr im nieder-schlesischen Steinkohlenbergbau aufgestellt, in welchen vor-

beugende Maßnahmen und Maßnahmen zur Sicherung der Arbeiter für den Fall des Gasausbruches vorgeschlagen werden. Des weiteren wurde von dem genannten Ausschuss ein Merkblatt für das Auftreten von Kohlenäure im Steinkohlenbergbau ausgearbeitet und zur Verteilung an die Belegschaftsangehörigen empfohlen.

Wir richten an das Preussische Staatsministerium die Frage: Welche Folgerungen die zuständige Bergpolizei aus den genannten Untersuchungsergebnissen gezogen hat, ob insbesondere der vorgeschlagene Aufklärungsdienst in Wirklichkeit getreten ist und ob die ausgearbeiteten Richtlinien in der Bergpolizeiverordnung und im genehmigungspflichtigen Betriebsplan ihren Niederschlag gefunden haben?

Wir stellen ferner die Frage, ob die für Kohlenäure-Gruben geltenden Bergpolizeilichen Anordnungen laufend und reiflos auf der Wenzeslaus-Grube beachtet werden sind und welche Erklärung für den entsetzlichen Umfang der Kohlenäureausbruchkatastrophe vom 9. Juli gegeben werden können.



Am den Vorständen des Reichsausschusses der Bergbauindustrie telegraphierte Dr. Braun: „Tief erschüttert von dem Schicksal des Grubenunglücks bitte ich, den Hinterbliebenen der Opfer und den Verletzten mein aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck zu bringen. Weitergehende 2000 Mark bitte ich, zur Unterstützung der Not der Hinterbliebenen zur Verfügung zu bringen.“

### Das Beileid

mit den Opfern und ihren schwer getroffenen Angehörigen ist allgemein, da konventionell, dort von Herzen kommend. Der Landeshauptmann, der Reichs- arbeitsminister, der Parteivorstand der Sozialdemokratie, das französische Ministerium für öffentliche Arbeiten, Städte, Regierungenstellen usw. haben ihm telegraphisch Ausdruck gegeben. Der Parteibezirk Breslau der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat gestern folgendes Telegramm an den Bergarbeiter-Verband Waldenburg und das Neuroder Parteisekretariat gesandt:

ParteiSekretär Felix Wolf, Neurode, und Bergbauindustriearbeiter-Verband Waldenburg, Auenstraße 20.

Tief erschüttert von ersten Nachrichten über furchtbares Grubenunglück im dortigen Bezirk und Tod vieler Arbeitskräfte unser tiefstes Beileid.

Kapitalistisches Wirtschaftssystem hat neues, schreckliches Verbrechen auf sein Konto geladen.

SPD. Bezirk Mittelschlesien

J. U.

Bretthorst.

Der Bezirk Niederschlesien telegraphierte:

SPD. Bezirk Mittelschlesien, Breslau.

Nachricht vom furchtbaren Grubenunglück im Neuroder Bezirk hat uns aufs tiefste erschüttert.

Den auf dem Schlachtfeld der Arbeit als Opfer des kapitalistischen Systems gefallenen Klassengenossen und deren Angehörigen sprechen ihr Beileid aus.

SPD. Görlitz

J. U.

Hugo Scherle.

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt

J. U.

D. Jagan.

### Sitte für die Hinterbliebenen

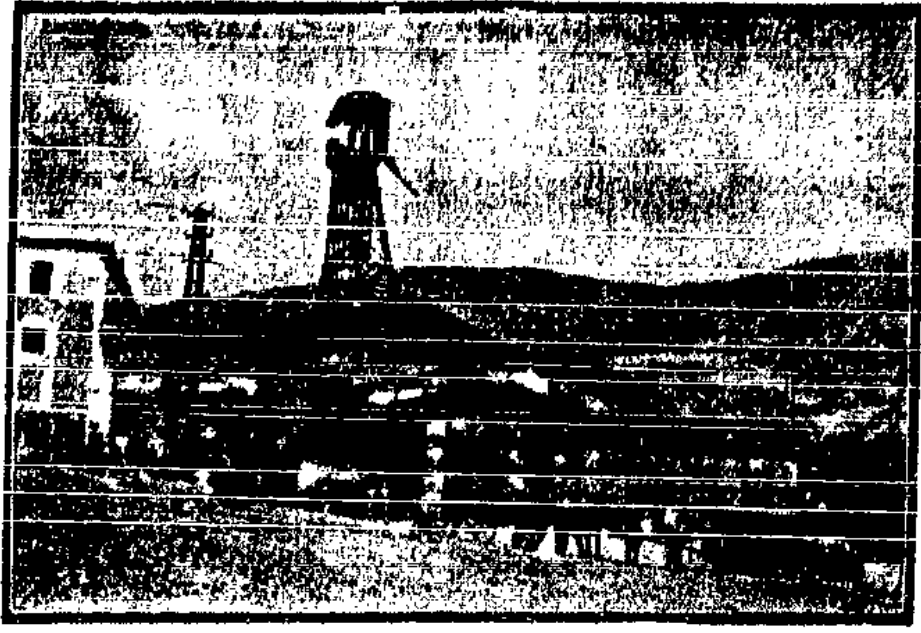
Am Spenden für die Hinterbliebenen der Katastrophe K.: eingegangen:  
100 000 Mark von der Preussischen Staatsregierung.  
10 000 Mark durch Reichspräsident Hindenburg.  
5 000 Mark vom V.D. Parteivorstand.  
4 000 Mark vom Landeshauptmann von Niederschlesien.  
2 000 Mark durch Ministerpräsident Braun,  
300 Mark von der Stadt Reinerz.

### Nach die „Volkswacht“

wird ein Ersuchen zur Unterstützung der entsetzlichen Not der Hinterbliebenen betragen. Sie ruft allen Lesern, denen es möglich ist, auch nur einen bescheidenen Beitrag zu leisten, zu einer Sammlung auf, für die der Betrag 100 Mark geschnitten.

### Ein Stimmungsbild vom Ort der Katastrophe

Ueber die Neuroder Gruben-Katastrophe geht uns folgendes Stimmungsbild zu: In Hausdorf, das von Neurode in einer Stunde zu erreichen ist, hat sich ein Grubenunglück ergeben, wie es gleicher Art in Deutschland noch nicht zu verzeichnen gewesen ist. Ein Unglück, herbeigeführt durch einen Kohlenstaubausbruch, dessen Ursachen bis zur Stunde noch ungeklärt sind. Am Mittwoch, den 9. Juli, in der Zeit gegen 18 Uhr, erfolgte dieser Ausbruch in der zweiten und dritten Sohle. Dieser Teil der Grube ist trotz des großen Abbaues der Mannschaften, den die Grubenverwaltung vorgenommen hat, noch sehr stark belegt. Durch den Ausbruch sind die 17. und 18. Abteilung mit über 200 Bergknappen von der Außenwelt abgeschnitten worden. Bereits nach kurzer Zeit wurde die Rettungsmannschaft nicht allein des Neuroder, sondern auch des Waldenburger Gebietes voll in den Dienst der Rettungs-



Der Unglückssticht

## Kurze Meldungen

Der englische Botschafter in Marseille verschwunden  
Paris, 11. Juli. (Eigener Funkbericht.)

Der englische Botschafter in Marseille ist seit dem vergangenen Sonnabend spurlos verschwunden. Der Fall erscheint um so geheimnisvoller, als keine Anzeichen etwa auf einen Selbstmord oder ein Verbrechen schließen lassen.

### „Säuberung“ der Ukrainischen Akademie

Wie so viele andere Institute des Sowjetstaates soll nun auch die Ukrainische Akademie der Wissenschaften in Kiew einer „Säuberung“ unterzogen werden. Zu der Revisionskommission, die mit dieser Aufgabe betraut wird, gehören u. a. auch führende Arbeiter. Bekanntlich sind in der Kiewer Akademie auch „Abweichungen von der Generallinie der Partei“ verzeichnet worden.

### Ein Massenappell ohne Massenerfolg

Die KPD. hatte seit Beginn dieser Woche in ihrer Presse, in Versammlungen und Flugblättern für Donnerstag zu einer Demonstration nach Eisenberg aufgerufen. Es war zu einer „Massenbeteiligung“ aufgerufen worden. Wer bei der Demonstration fehlte, waren — die Massen. Größer als am Donnerstag konnte die Menge der KPD. nicht werden. Aus dem ganzen Streikgebiet beteiligten sich 971 Männer, 173 Frauen und 52 Kinder an der Demonstration. Darunter sind mindestens 900 Erwerbstätige, die niemals bei der Mansfeld K.G. beschäftigt waren, in Abzug zu bringen. Also noch keine 8 Prozent der Streikenden sind dem „Massen-Appell der KPD.“ gefolgt.

### Das Lotteriespiel wird teurer

Die Preussisch-Schlesische General-Lotteriedirektion hat eine Erhöhung des Lospreises von 120 auf 200 Mark angeordnet. Die Erhöhung tritt am 1. Oktober in Kraft.

### Grubentod bei Weiskensfeld

Halle, 11. Juli. (Eigener Funkbericht.)  
In der Nähe von Weiskensfeld bei Ludenau wurden auf der Grube Paul I durch eine Kohlenstaubexplosion zwei Arbeiter getötet, zwei schwer und drei leicht verletzt. Die schwerverletzten Arbeiter befinden sich bereits außer Lebensgefahr.

### Erdbeben in Cordoba — 60 Häuser eingestürzt

Paris, 11. Juli. (Eigener Funkbericht.)  
Aus Madrid wird gemeldet, daß in Montilla in der Provinz Cordoba infolge eines heftigen Erdbebens 60 Häuser einstürzten und 250 schwer beschädigt wurden. Außer dem Sommerhof des Königs wurden sämtliche Kirchen zerstört.

### Munitionsfabrik bei Stambul in die Luft geflogen

Galatza, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.)  
In der Nähe von Stambul am 10. am Donnerstag abend innerhalb der Militärzone des Kriegshafens Semid zu einer folgenschweren Explosion. Die große Munitionsfabrik Derindische lag teilweise in die Luft. Gerüchtweise verlautet, daß die Katastrophe 300 Tote gefordert hat. Einzelheiten über das Unglück fehlen noch und sind angesichts der militärischen Kontrolle wahrscheinlich überhaupt nicht zu erreichen.

## Der Prozeß Gerd Wieringer

### Geschichte einer Liebe von Julius Wolfsohn

10) (Nachdruck verboten!)  
„Aber ich wünsche nicht, daß Sie in meiner Gegenwart von Fraulein Grati in einer Weise sprechen, welche Sie herabwürdigend ist!“  
„Ich bitte um Entschuldigung, Herr Wieringer“, sagte er dann in seiner bedächtigen Art, „ich konnte natürlich nicht wissen, daß Sie die Dame immer noch — lieben!“  
Gerd fuhr auf, aber der andere hielt seinen funkelnden Blick ruhig aus. „Ob Sie Fraulein Grati lieben oder nicht, ist Ihre Sache, Herr Wieringer. Es wird Sie niemand deswegen verurteilen. Aber Sie können nicht verlangen, daß ich der Dame ebenfalls Sympathien entgegenbringe. Denn in meinen Augen ist sie nach wie vor schuldig.“  
Er schweig. Unbemerkt — nahm diese Zurückweisung stumm hin. Sein Aussehen war ein wenig lächelnd gewesen, und er verfiel es mit seiner ständig wachsenden Nervosität zu entschuldigen.  
„Sie sind doch schon ein halbes Gefangenener“, sagte er unter anderem. „Glauben Sie, daß es nicht sehr bedrückend ist, wenn man nicht mehr frei über sich verfügen kann?“  
„Es wird eines Tages doch zu Ende gehen“, erwiderte Dr. Sachl.  
„Wahrscheinlich“, meinte Gerd, „wenn Sie nicht mit mir zusammenarbeiten. Denn ich habe ein Verbrechen begangen —“  
„Was für ein Verbrechen?“  
„Das Verbrechen, daß ich Sie nicht mehr zu lieben vermag.“  
„Sie wollen nicht, was es heißt, zu verzeihen und dann einen neuen Anfang zu machen?“  
„Nein, ich will Sie nicht mehr lieben.“  
„Aber Sie sind mein Freund“, sagte er, „ich will es nicht. Sie sind ein Mensch, der Sie nicht liebt. Das ist eine Beleidigung und“  
„Aber Sie sind ein Mensch, der Sie nicht liebt.“

„Sich's darum!“  
„Nein! Das dürfen Sie nicht sagen! Sie sind doch Mann! Nehmen Sie sich zusammen, Herr! Dann werden Sie leben, daß es geht!“  
Gerd schweig.  
„Herr Wieringer“, erklärte Dr. Sachl nach dem Schweigen, „ich gehe heute abend nicht eher fort von hier, als Sie mir Ihr Wort gegeben haben, das Trinken aufzugeben, wenn ich bis morgen früh hier bleiben mußte!“  
Gerd schweig noch immer, aber der andere sah sich nach Antwort erwartend zu haben. Er sprach halblaut die Verse des 19. Jahres verstorbenen jungen französischen Dichters Gémont:  
Je crois que Dieu, quand je suis né  
pour moi n'a pas fait de dépense,  
et que le coeur qu'il m'a donné  
était très vieux des mon enfance.  
Ole plus terrible tour mont!  
Mal sans pareil! Douleur suprême!  
Sort sinistre! Aimer follement  
et ne pas savoir ce qu'on aime!  
Er zog seinen Stuhl neben den Gerd's und fragte:  
„Kennen Sie die Bibel, Herr Wieringer?“ Und als er belächelt, fuhr er fort: „Kennen Sie die Erzählung von dem Kampf mit dem Engel? Er ließ ihn nicht, ehe er ihn nicht besiegt hatte! Glauben Sie mir, auch Sie werden gesiegt werden, aber Sie müssen kämpfen. Erst nach der Finsternis können das Licht erkennen!“  
Es war bereits Morgen, als er Gerd verließ, aber er von ihm das gewünschte Versprechen erhalten. Gerd würde die Folge den Alkohol meiden.  
XIII.  
Am gleichen Abend, da Gerd abends einen Gang durch den Hof tat, trat ihm seine Freundin Gerd auf einen Fuß. Sie war sehr unruhig hingegangen, weil sie auf solchen Anlässen meist sehr langsam war. Diesmal hatte sie es jedoch länger gehalten, hinzugehen, schon der vielen Gerüche, welche um sie verstreut wurden. Zwar empfand sie es als Unrecht, diese gegenüber, glaubte es aber andererseits, eigenen Anliehen schuldig zu sein, wenn sie zeigte, daß ihr Gerede gleichgültig war.  
(Fortsetzung folgt)

arbeiten eingestellt und hat mit Aufopferung und eigenen Schmerzen Dienst verrichtet. Außerdem wurden alle des Gebietes, die Arbeiter-Samariter und die Soldaten des roten Kreuzes für die Rettungsarbeit eingesetzt sowie Feuerwehre eingesetzt. Das ist nun die Schlußlage an Schredenssituation abgelaufen, niederknallend begann kräbzt sie die Heber. In ihrem Kräftegefühl waren Frauen, Kinder und Eltern der Bergknappen zusammen und warteten angstvoll auf Nachrichten über ihre Lieben. Worte selbst arbeiteten flüchtig die Rettungsmannschaft. Inzwischen wurde eine Anzahl der Bergknappen lebend Tageslicht. Wiederbelebungsversuche wurden sofort genommen, 66 Knappen wurden lebend geborgen, von denen außer Lebensgefahr sein dürften.

Die kleinen Wagen, die im Bergbau als Förder-Transportmittel benützt und „Hunde“ genannt werden, brachten Kohlen sondern grauenhaft entsetzliche Tote. Besonders war der Tod des Steigers Hoffmann; er fuhr als erster Rettungsmannschaft in die Grube, kam mit Starfstromleitung in Berührung und wurde hier getötet. Schwer war es möglich, die zu Tage geförderten Tote identifizieren.  
Die Raumverhältnisse des Knappschafstazarets blawellen nicht aus, um die Toten zu bergen. So wurde der Reihe nach auf den Rufen gebettet; erst nachdem die geborgen waren, bei denen man glaubte, es nur mit Beistand zu tun zu haben, konnte man sich weiter mit der Identifizierung und dem Transport der Toten beschäftigen. Bis nachts am Mittwoch zählte sich Transportwagen an Transportwagen mit der Ernte, die der Tod beschert hatte.  
Der Jammer und das Klagen derjenigen, die die Grube des Todes ihrer Angehörigen haben, ist herzzerreißend, noch sind 78 Bergknappen im Schacht, zu denen man am Donnerstag nachmittags 18 Uhr — wegen der großen Gefahr überhaupt noch nicht vorzubringen vermochte. Es ist wahrscheinlich, daß hiervon auch nur ein einziger mit dem davonkommt.

Ueber die Schuldfrage kann etwas sicheres gegen noch nicht gesagt werden. Bergarbeiter erklären, daß sie über die bestehende Gefahr nicht genügend beachtet haben. Die Direktion der Verwaltung dagegen erklärt, daß sie alles getan worden sei, was zu tun möglich gewesen und daß man es mit einem unabwendbaren Zufall zu tun habe. Wie es bei derartigen Vorgängen gewöhnlich kommt, so es auch bei diesem schweren Unglück so sein, daß die Schuld dauernd ungeklärt bleibt. Eines ist nach Lage der Sache unübertragbar der Gefahrgröße im Neuroder Revier einschätzbar, und das ist die Tatsache, daß noch in allerer Zeit seitens der Direktion erklärt wurde, man müsse den Zersetzungs- und hierzu sei unbedingt notwendig die Arbeitszeit verlängert werde. Dafür aber zeigten die Leute jedoch nicht die genügende „Einsicht“, deshalb zunächst der Abbau von 900 Mann erfolgen.

In Neurode und dem umliegenden Gebiet wehe Fahnen auf Halbmaße. Die Unglücksgrube trägt die Flagge. Beileidsbezeugungen gingen ein als erste vom demokratischen Parteivorstand Deutschlands in Berlin, Reichspräsident Hindenburg, dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun, dem Reichsminister für die S.A.D.-Reichstagsfraktion und von verschiedenen Verwaltungen aus der Grafschaft. Persönlich an der Unfallstelle vertreten waren außer dem zuständigen kommissarischen Landrat Genosse Dr. Middelhaufe, Oberpräsident Gledeman, Regierungspräsident Dr. Schwegler, Bürgermeister Beatein, Neurode und andere Vertreter Behörden.

### „Ere Nouvelle“ ehrt die Toten von Hausdorf

Paris, 11. Juli.  
Der radikale „Ere Nouvelle“ schreibt zu der Katastrophe von Neurode: Wir wollen bei einem derartigen Anlaß nicht verfehlen, dem Gedächtnis der Bergarbeiter, die Tod gefunden haben, den Tribut unseres menschlichen Mitleids zu zahlen und den Witwen und Waisen unser Beileid zum Ausdruck zu bringen. Man hat in den letzten Tagen allzuweh einig-bekauerlichen Zwischenfällen gesprochen, die sich durch nationalpolitischen Wahnsinn erklären, aber nicht rechtfertigen und die der offizielle Bericht Tirards richtig gestellt hat, Hinweis darauf, daß der Abzug der französischen Truppen unter vollkommen korrekten Bedingungen vollzogen habe haben, wie es angebracht war, die Zwischenfälle, die sich nach Räumung ereigneten, getadelt, aber erklärt — und wir holen es — gleichgültig was gewisse Kreise über uns sagen, daß es nicht sehr nützlich ist, aus diesen Tatsachen Schlüsse zu ziehen, die in den Tatsachen nicht enthalten sind. Wir glauben die deutsche Regierung aufrichtig ist, wenn sie die Agitation, Frankreich und Deutschland, die durch eine törichte Beschlüsse solange getrennt waren, müssen sich zu gemeinsamer Bemühungen um einen Ausgleich, um die Verwirklichung Solidarität und Gerechtigkeit zusammenschließen. Uns scheint besser und menschlicher zu sein, angesichts der gewaltigen Katastrophe in Schlesien die peinlichen Zwischenfälle in rheinischen Städten zu vergessen und uns in einem brüderlichen Gefühl der Trauer um die Opfer einander zu nähern.



# Beileidstundgebung im Reichstag

Den Kommunisten geht die Hilfsaktion zu schnell — Das Brotgesetz angenommen

Präsident Loh eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache, die lebhaft angehört wird: Ein furchtbares Unglück, wie es dieser Schwere seit Jahren in Deutschland nicht ereignet, ist gestern die Wencelousgrube bei Neurode in Schlesien befallen. Mehr als hundert Bergleute sind dem Unglück zum Opfer gefallen, viele sind verletzt, zahllose Familien in tiefe Not versetzt. Die Vertreter des Betriebsrates der Bergarbeiter und des Bergarbeiterverbandes haben sich bis jetzt ausschließlich bemüht, an den Ursprung der Katastrophe vorzugehen, um die Ursache des Kohlenstaubausbruchs festzustellen. Sie können deshalb in diesem Augenblick ein Urteil noch nicht fällen, ob das Unglück etwa durch menschliches Versagen oder durch unbeherrschbare Naturkräfte verursacht worden ist. Wir müssen uns im Augenblick darauf beschränken, die Angehörigen und Verletzten zu erlösen, den Hinterbliebenen, Angehörigen und Verletzten unsere Teilnahme auszudrücken und ihnen die Versicherung zu geben, daß allgemeine Mittel die Not werden können helfen müssen, die dieser Schlag für ein schon immer als Glendebiet bezeichnetes Land und über viele Familien gebracht hat. Ich zweifle nicht, daß der Reichstag zeitig sein wird, bei dieser Hilfe mitzuwirken, und ich nehme an, Sie mich ermächtigen, Ihre tiefstherzlichen Mitgefühl den Angehörigen der Opfer zu übermitteln.

Ein Antrag Wendemuth (Soz.) will das Erlauchen an die Regierung gerichtet sehen, aus Anlaß der großen Katastrophe sofort mit ausreichenden Mitteln einzugreifen und die Hinterbliebenen, die Angehörigen und die Verletzten in ihrer schweren materiellen Not zu unterstützen. Der Antrag soll zum Schluß der Sitzung erledigt werden.

Abgeordneter Schröder-Merxleben (Komm.) bringt den Antrag ein, eine Million Mark für die Hilfsaktion zu bewilligen. Es folgen Anträge des Geschäftsordnungsausschusses, die die Kommunisten einziger Abgeordneter aufheben.

Abg. Pica (Komm.) wendet sich gegen die beantragte Auslieferung seines Fraktionsgenossen Maslowski. Dieser soll als verantwortlicher Leiter der „Jah“-Ausstellung am Potsdamer Platz in Berlin wegen eintrügerischer Werbung, die die Gefühle anderer verletzen, vor Gericht kommen, ebenso der Abg. Schneller wegen eines Artikels der „Roten Fahne“ gegen den Papst.

Abgeordneter Dr. Göl (Dnat.) bekämpft den Ausschlußantrag auf Strafverfolgung des Abg. Graf Westarp wegen Beleidigung der Minister Braun, Erzgrubski und Sepering anläßlich ihrer Verfügungen gegen die Beteiligung von Beamten am Hugenbergischen Volksbegehren.

Die Auslieferung des Abg. Maslowski wird im Ausschusse mit 15 Stimmen der Regierungsparteien gegen 11 Stimmen der Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten beschlossen; 51 sozialdemokratische Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten, die übrigen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion sind dem Ausschusse ferngeblieben. — Dann wird die Auslieferung des Abg. Dr. Feber (Dnat.) beschlossen. Für den Ausschlußantrag auf Strafverfolgung des Abg. Graf Westarp erhebt sich kein einziger Abgeordneter. Eine Beschwerde des Abg. Ubricht (Komm.) wegen Zwangsverführung zum Untersuchungsrichter des Reichsgerichts wird abgelehnt, jedoch eine Entschließung des Ausschusses gegen derartige Verführungen ohne Genehmigung des Reichstages angenommen. Schließlich wird noch die Strafverfolgung des Abg. Schneller beschlossen.

Vor der Schlußabstimmung über das Brotgesetz verliest

Abg. Simon-Schwaben (Soz.) folgende Erklärung: Die Sozialdemokratische Fraktion hat entschieden, diesem Roggenbrotgesetz ihre Zustimmung zu geben. Durch die Streichung des Verlaufs nach Gewicht auf Grund des letzten abgelehnten § 4 ist ihr das unmöglich gemacht worden. Nur solche Gewichtsvorschriften ermöglichen eine Kontrolle der Preispaune sowohl im Preis als im Konsumenten mangels einer Kontrolle der Verläufe, beweisen die Tatsachen. Von Mai bis August 1928 fiel der Roggenpreis um 20 Prozent, der Weizenpreis um 19 Prozent, der Brotpreis blieb unverändert. Im Jahre 1929 dasselbe Bild; vom Januar bis Mai sinkt der Roggenpreis um 4,9 Prozent, der Weizenpreis um 2,5 Prozent, der Brotpreis bleibt stabil.

Wir stellen fest, daß die angeblichen Vertreter agrarischer Interessen, die Deutschnationalen, bereit sind, diese Interessen preiszugeben zugunsten der Bäckermeisterinteressen. Der Führer der Wirtschaftspartei, Herr Drewitz, hat sich hierüber in der letzten Sitzung des Gesetzes ganz eindeutig geäußert. Er sagte, der Landwirtschaft gehandelt. „... aber wenn Ihnen ernstlich daran liegt, daß wirklich der Landwirtschaft geholfen wird, dann lassen Sie die Bäckermeister nicht als Überläufer haben, sondern Sie müssen sie zu Freunden haben.“ Und fortlaufend wandte er sich an die Sozialdemokratie: „So wenig Sie sich vorstellen lassen, was Sie für ihre Arbeitskraft nehmen, genau so wollen wir freie Menschen bleiben und wollen nicht mit Zuchthausparagrafen belastet werden. Wir werden das Gesetz ablehnen, wenn unser Streichungsantrag nicht angenommen wird.“

In dieser Zeit, in der allgemein von Preisabbau und Preiskontrollen geredet, in der den Arbeitnehmern Lohnabbau abgebaut wird und der Lebenshaltungskosten ausgeglichen werden sollen, wird die Preiskontrolle auf dem wichtigsten Gebiete der Volksernährung ausdrücklich abgelehnt. Der Brotpreis wird so lange dem Getreidepreis nicht anpassen, als die Niedrighaltung der Preispaune bereit ist und durch Festhalten der Möglichkeit einer Preiskontrolle der Verbraucher wie bisher so auch in Zukunft bewußt im Unklaren gehalten wird über das, was er kauft, weil verändertes Gewicht niemals so häufig in Erscheinung tritt, wie der veränderte Preis.

Nach der Abstimmung zum § 4 kann der Arbeiterchaft ebenfalls die öffentliche Meinung noch länger zugemutet werden, zu glauben, daß die letzten Regierungsparteien mit einer Senkung der Lebenshaltungskosten wirklich ernst machen wollen. Ohne die Preiskontrolle im Brotgesetz ist dieses Gesetz nur noch Instrument zur Schröpfung der Konsumenten zugunsten der Bäckermeister. Deshalb lehnen wir dieses Gesetz ab und beantragen, die Schlußabstimmung namentlich vorzunehmen.

Das verschlechterte Brotgesetz wird in namentlicher Abstimmung mit 212 Stimmen der Regierungsparteien und der Deutschnationalen gegen 198 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten bei 11 Enthaltungen verabschiedet.

Präsident Loh nimmt, die vorher zurückgestellten Anträge auf Hilfsmassnahmen für die Opfer des Grubenunglücks ohne Aussprache dem Haushaltsauschuß zu überweisen. Abg. Loegler (Komm.) widerspricht diesem Vorschlag und verlangt eine Debatte über die Anträge. — Abg. Dr. Perltius (Str.) erklärt, seine Freunde hätten gleichfalls einen Hilfsmassnahmenantrag vorbereitet. Er beantragt, alle diese Anträge auf die Tagesordnung der Freitag-Sitzung zu legen.

Der Vorschlag Perltius wird angenommen. — Um 4 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag, 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen auch das Gesetz über die Gültigkeit der Aufwertungshypothen.

## Brüning froht vor „Erfolgen“

Der Reichszankler hat bisher nicht einmal vermocht, die hinter seiner Regierung stehenden Parteien reiflos für seine Deckungspläne zu gewinnen. Demokraten und Bayerische Volkspartei opponieren nach wie vor gegen die Hottentotten-Steuer. Auch eine Besprechung, die der Reichszankler am Donnerstag

abend mit Vertretern der demokratischen Reichstagsfraktion und dem Führer der Bayerischen Volkspartei hatte, führte zu keinem Ergebnis. Wie Brüning unter diesen Umständen schließlich zu einer Mehrheit für seine Deckungspläne gelangen kann, weiß er vorläufig selbst nicht.

## Schärfster Widerstand

Die Stellung unserer Reichstagsfraktion gegen die letzten Deckungspläne der Reichsregierung

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag mit der durch die Deckungsvorlagen der Regierung, die Anträge der Regierungsparteien über die Einschränkung der Darlehenspflicht des Reiches bei der Arbeitslosenversicherung sowie der Einführung der Kopfsteuer und der durch die Beschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses gestellten Lage.

Es herrschte Uebereinstimmung, daß alle diese Maßnahmen, die die Lasten der Wirtschaftskrise fast ausschließlich den unteren Volksschichten aufbürden, den schärfsten Widerstand der Sozialdemokratie herausfordern. Die vom sozialpolitischen Ausschusse vorgenommenen Verschlechterungen der Leistungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherung sowie die Aufhebung der Darlehenspflicht des Reiches werden für die Stellung der Fraktion von entscheidender Bedeutung sein.

# Deckungsvorlagen im Steuerausschuß

Sozialdemokraten wünschen die Bildung eines Unterausschusses zur Festlegung eines sofort wirksamen Sparprogramms — Die reaktionären Parteien lehnen ab

Der Steuerausschuß des Reichstags hat am Donnerstag endlich die materielle Beratung der Deckungsvorlagen der Reichsregierung begonnen. Die Abänderungsanträge, die in den letzten Tagen zwischen Reichsregierung und Regierungsparteien besprochen bzw. vereinbart worden sind, lagen jedoch nicht vor. Wie die allgemeine Aussprache zeigte, bestehen die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien nach wie vor und ist bisher eine Verständigung mit den Deutschnationalen noch nicht zustande gekommen. Alles ist noch in Fluß, jede der Parteien, die jetzt noch Verantwortung haben, sucht sich nach Möglichkeit von der Verantwortung zu drücken.

Das veranlaßte den Reichsfinanzminister Dietrich am Donnerstag zu einer scharfen Rede, in der er den Willen der Reichsregierung zu einer parlamentarischen Erledigung betonte, andererseits aber drohte, das Volk werde den Reichstag rettarntwürdig machen für das durch sein Verhalten entstandene wirtschaftliche Chaos. Dieser Drohung Dietrichs begegnete der sozialdemokratische Abg. Keil mit dem Hinweis, daß die Regierung ja gar nicht den Versuch gemacht habe, mit der stärksten Regierungspartei eine parlamentarische Lösung zu erreichen. Sie habe im Gegenteil alles getan, um die Massen des Volkes von der Mitbestimmung über ihre ureigensten Angelegenheiten auszuschließen und wolle sich stattdessen durch eine üble Trinkgeldpolitik an Gruppen und durch Drohungen, die einem Verfassungsverstoß und Staatsverbrechen ähneln, eine Mehrheit erkaufen.

Aus der sachlichen Debatte ist nur ein Vorgang von politischer Bedeutung. Um die Ernsthaftigkeit des Willens zur Sparanleihe, der von allen Parteien betont wurde, zu prüfen, stellte die Sozialdemokratie den Antrag, sofort einen Unterausschuß einzusetzen, der bis Anfang nächster Woche ein Programm für sofort wirksame Ersparnisse im Reichshaushalt für das Jahr 1930 vorzulegen habe. Zur Begründung dieses Antrages wies Abg. Dr. Müller darauf hin, daß die von der Regierung verlangte Ermächtigung zu Ersparnissen in Höhe von 100 Millionen Mark mit Recht aus zwei Gründen bekämpft worden sei. Erstens werde der Reichstag dadurch von der Mitwirkung an diesen Ersparnissen ausgeschlossen und zweitens seien diese Ersparnisse nicht ausreichend. Man müsse deshalb den Versuch machen, in einem kleineren Gremium größere genau bestimmte Ersparnisse festzustellen. Nachdem die Deutsche Volkspartei und das Zentrum sich gegen die Annahme des Antrages erklärt hatten, die Deutschnationalen sogar mitteilten, daß sie sich an den Beratungen eines solchen Ausschusses überhaupt nicht beteiligen würden, wurde die Einsetzung dieses Ausschusses mit Stimmengleichheit abgelehnt. Unter den Ablehnern befinden sich sowohl die Vertreter der Wirtschaftspartei, als auch die der Deutschen Volkspartei, die draußen im Lande nicht kräftig genug über Verschwendungsjucht schimpfen können. Wo es sich aber darum handelt, wirkliche Ersparnisse durchzuführen, machen sie nicht mit!

# Reichshilfe und Behördenangestellte

Herz gegen die Pläne der Regierung

Die Reichshilfe für die Personen des öffentlichen Dienstes sieht vor, daß auch die Behördenangestellten, soweit ihr Einkommen über 3285 Mark jährlich ausmacht, abgabepflichtig sein sollen. Gegen diese Bestimmung, die auch diejenigen Angestellten im öffentlichen Dienst trifft, die keine gekaufte Existenz haben, sondern jederzeit mit Kündigung entlassen werden können, hat die Sozialdemokratie die stärksten Bedenken. Sie stellte deshalb am Donnerstag im Steuerausschuß des Reichstags den Antrag, daß nur diejenigen Angestellten betragspflichtig sein sollen, die aus einem in ihrer Person liegenden wichtigen Grunde gekündigt werden können und ebenso wie die Beamten Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung haben. Die Heranziehung der Angestellten mit kurzfristiger Kündigung soll dadurch unmöglich gemacht werden. Von den Demokraten wurde ein ähnlicher, nicht ganz so weit gehender Antrag eingereicht. Er bestimmt, daß diejenigen Behördenangestellten freizulassen sind, die der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung unterliegen.

Um beide Anträge entspann sich eine lebhaft Diskussion. Die Reichsregierung vertrat den Standpunkt, der Reichshilfebetrag belaste diese Angestellten nur gering. Ihre Freilassung kompliziere die Einziehung der Reichshilfe und verurteile einen Einnahmeausfall von 7 bis 7 1/2 Millionen. Sie erklärte sich jedoch damit einverstanden, daß nur solche Angestellte herangezogen werden, die mindestens drei Jahre in Beschäftigung gestanden haben, statt einem Jahr, wie es jetzt im Gesetzentwurf vorgesehen ist.

Abg. Dr. Herz (Soz.) bekämpfte die Stellung der Regierung mit grundsätzlichen Erwägungen. Es handele sich nicht darum, im Einzelfall oder in vielen Einzelfällen Härten zu vermeiden, sondern darum, der Reichshilfe den Charakter der Heranziehung der wirklich für ihr ganzes Leben gekauften Existenz zu erhalten. Es gebe nur zwei Möglichkeiten. Entweder sei die absolute Sicherung der Existenz für die Heranziehung zur Reichshilfe entscheidend, und dann könnten nur die Beamten und Personen in beamtenähnlicher Funktion erfasst werden. Wolle man jedoch auch diejenigen heranziehen, deren Existenz nur gekaufter sei als die der Masse der Lohnarbeiter, dann sei nicht einzusehen, weshalb nur die Kündigungsangestellten des öffentlichen Dienstes und nicht auch der Privatwirtschaft bestraft würden. Nachdem die Regierung das letztere fallen gelassen habe, müßte auch die Freilassung der Behörden-

angestellten erfolgen, wie es die Regierung von sich aus für die Herren Aufsichtsräte ohne weiteres getan habe. Der Einwand mit dem Ausfall sei lächerlich. Er könne ohne große Schwierigkeiten auf andere Weise gedeckt werden.

Nachdem Abg. Dr. Fischer (Dem.) sich der grundsätzlichen Stellungnahme von Dr. Herz angeschlossen hatte, wurde die Aussprache vertagt, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, weiteres Material vorzulegen und zu den grundsätzlichen Einwänden Stellung zu nehmen.

## Waffenfunde bei Berliner Nationalsozialisten

Die Berliner Kriminalpolizei beschlagnahmte am Donnerstagabend, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, bei mehreren Nationalsozialisten große Mengen Waffen und Munition und verhaftete insgesamt zwölf Personen, die sich in unrechtmäßigem Besitz von Waffen befanden.

Ein überaus seltsamer Zufall hat die Polizei auf die Spur dieser Waffenfunde gebracht. In der Nacht zu Donnerstag derunglückte auf der Chaussee zwischen Potsdam und Teltow der Potsdamer Polizeianwärter Kurt Dörre tödlich. In seinem Besitz fand man ein Paket Briefe, die einen Briefwechsel zwischen Dörre und einem in Berlin-Wilmersdorf wohnenden Kaufmann Hoppe darstellten. Daraus ging hervor, daß beide — Dörre und Hoppe — der Nationalsozialistischen Partei angehören und offenbar einer Sturmabteilung zugewiesen worden waren. Der Briefwechsel führte zu der interessanten Feststellung, daß in Berlin von Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei ein großes Waffenlager versteckt gehalten wird.

Auf Grund des vorgefundenen Materials wurden in den Wohnungen Dörres und des Kaufmanns Hoppe Durchsuchungen vorgenommen. Man fand unter anderem eine Dose Personen, die ebenfalls Waffen versteckt haben sollten. Auch sie sind Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei. Die Kriminalpolizei nahm daraufhin in den Wohnungen der auf der Liste befindlichen Personen Hausdurchsuchungen vor und beschlagnahmte große Mengen von Waffen und Munition.

Die Untersuchung der Berliner Kriminalpolizei wird erst im Laufe des heutigen Tages zum Abschluß gebracht.

Preis: 70 Pfg.

In den ersten 10 Jahren sollte jede Mutter ihr Kind ausschließlich mit der reinen, milden

## NIVEA KINDERSEIFE

waschen und Baden. Dem Kind wird dadurch später manche Plage um die Erhaltung von weichen, feinen, erparat bleiben. Nivea Kinderseife ist ein Mittel und nach ärztlicher Verordnung besonders für empfindliche Haut des Kindes hergestellt.



Freilicht, Freiluft und Sonne! Und dazu

# NIVEA-CREME

Das gibt gesunde Haut und schön gebräuntes Aussehen. — auch bei bedecktem Himmel; denn auch Wind und Luft können den Körper. Aber trocken rauss Ihr Körper sein bei direkter Sonnenbestrahlung. Und gut mit Nivea-Creme vorher einreiben! Sie vermindern dadurch die Gefahr schmerzhaften Sonnenbrenns. Dank des nur für eigenen Gehalts an Sauerstoff bringt Nivea-Creme auch in die Haut ein, und erst die eindringende Creme kann ihre wohltuende Wirkung voll zur Geltung bringen. / Also Nivea-Creme auch bei bedecktem Himmel!

In Dosen RM 0.30, 0.50, 0.60 und 1.00  
In Tuben aus reinem Zinn RM 0.20 u. 1.—







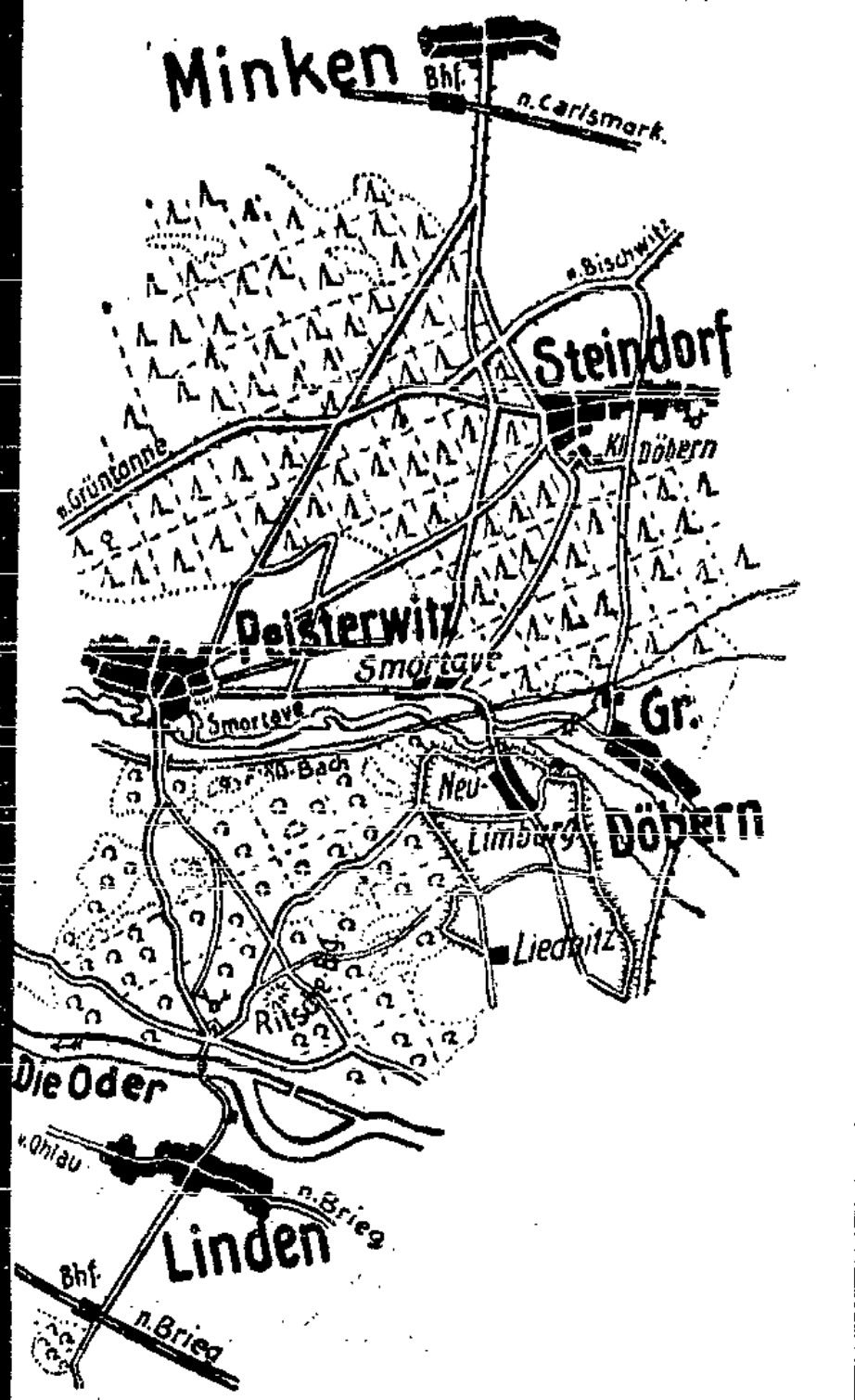


## Breslauer Nachrichten

### Wohin am Sonntag?

#### Von Minken nach Linden

Mit dem Frühzug von Breslau Hof. nach Minken, einer Station an der Strecke Breslau-Carlsmarkt-Oppeln. Vom Bahnhof Minken führt der abführende Fußweg, der zur hochgelegenen Weiskirchner Chaussee hinaufführt. An der ersten Bogenkrümmung biegt die Hauptverkehrsstraße etwas südwestlich ab, während der Fußweg in ungefährer Richtung Steindorf weitergeht. Lassen jedoch Steindorf links liegen und gehen in immer gerader Richtung auf das Dörfchen Smortawe zu.



Dieses Dörfchen ist schön gelegen am Waldbestand und dem gleichnamigen, oft sich seerartig erweiternden Gewässer. Kreuzt man es von dem hier schnurgerade dahinziehenden Föhlsberg, dem wir ein Stück des Weges folgen, um uns einen kühlen Platz zu suchen. Beide Gewässer, Smortawe wie Föhlsberg, fließen auf weite Strecken hin die Scheidengrenze zwischen Kadel- und Laubwald. Das Schöne an dieser Wanderung ist, daß sie überhaupt nur durch Wälder führt. — Nach der Kaste wird der Weg Smortawe-Neu-Limbürg nur ein Stück benutzt, denn am Anfang des genannten Dorfes biegen wir rechts auf den Reichswald und in großem Bogen nach der Fahrstraße Neu-Limbürg-Oppeln weiter. Auf dieser Fahrstraße durch den Oberwald wandernd, weist uns links ein Wegweiser nach dem Ritzschberg, der einst die gleichnamige Burg getragen hat. Wieder zur Fahrstraße zurückkehrend, gelangen wir bald am Forsthaus vor der Obergänge, die uns auf das jenseitige Ufer bringt. Von dort aus sind nur 10 Minuten bis in das Dorf Linden, und weitere 20 Minuten sind notwendig, um nach dem Bahnhof Linden zu gelangen.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Breslau. Abfahrtsort im Gewerkschaftshausrestaurant.

### Wenn Nazis eine Versammlung machen

#### „Beschügen“ hundert Mann einen Diskussionsredner

Nationalsozialisten haben gegenwärtig wieder einmal Hochkonjunktur. Die außenpolitische Situation und die Steuerpolitik des reaktionären Bürgerblocks veranlassen nur allzu leicht die schwankende Naturen, sich nach einer Partei umzusehen, der man noch alles Heil erwarten kann. Das glauben viele, von noch keinen Regierungsorganen belasteten NSDAP-Mitglieder der Firmennamen der Adolf-Hitler-Partei ist und nicht die Abklärung von: „Nur so darf Adolf pinkeln“ ist. Sehr leicht kann man die Struktur dieser Partei in ihren Versammlungen beobachten, wo außer dem am zahlreichsten vertretenen, manche vertrackte, Egiszenz und wild gewordenen Spieler zu sehen waren. Einige Beamte, hier und da ein Arbeiter sollen im selben Hintergrund für diese Partei abgeben, während andererseits und kriegsbegeistert halbwillkürliches Kommando sich im Vordergrund dreht macht.

Eine nicht ungeschickte für gestern Abend angekündigte Versammlung brachte in Erwartung irgend welchen Klamaufs — den ja ein großer Teil der Menschen leichter zu gewinnen ist, wie für irgend welche politische Aufklärungsarbeit — den selben Zufall. Die Versammlung, die im „Schlüsselwerk“ stattfand und in der, um überhaupt eine Versammlung der Nazis zu machen, der Reichstagsabgeordnete Wagner sprach, so recht unter dem Motto „Sucht nur die Menschen zu vertreiben, die zu Befriedigen hält“ und das Material dieses Abends des Reichstages war ein wildes Sammelsurium von Grammsforderungen aller Parteien, so daß man trotz allem noch und allem organisierten Volksgedrück zum Schluß nicht weiß, was eigentlich die Nazis wollen. Von dem Revanchepoker, das man bisher nur in altsächsischen Kreisen vernahm, zu dem „Kleber mit dem Kapitalismus“ Gedrüll, das man vieler mechanischen Weise nur von unseren Kommunisten vernahm, nimmt man großzügiger und billigerweise geistige Anleihen aus dem Programm aller Parteien. Er varierte lediglich. Mit iphignider Fronte polemisierte gegen alles, was nach dem 9. November 1918 geschehen ist und zum Schluß daß über kurz oder lang der Bürgerkrieg kommen dürfte, der den Nationalsozialisten die Erfüllung ihrer Forderungen bringen würde, denn dann würden naturgemäß die Verhandlungen mit den ehemaligen Feinden Deutschlands unter-

brochen, diese würden neu das Rheinland besetzen und dann gäbe es Generalabrechnung.

Mit Wigen gegen den preussischen Innenminister, den Reichspräsidenten und die „sozialdemokratischen Kanakillen“ war Wagner nicht sparsam.

Neben solchen Scherzen noch ein amüsanter „Bekenntnis zur Republik.“ Schließlich mußte Herr Wagner auch noch etwas zur Spaltung der Partei sagen und das machte er so: Die Judenpresse häuht alles auf. Das, was Spaltung genannt wird, ist geradezu als wenn man einem Elefanten zwei Fische abnimmt. Es sind nur ein paar undisciplinierter Schreibleute hinausgeworfen worden und wenn 100 000 Mann nicht parieren würden, dann würden eben 100 000 Mann fliegen. (Als ob man sie zu Hunderttausenden hätte, daß man sie rauschmeißen könnte.)

Bei der „Diskussion“ wurde schließlich noch die „demokratische Einstellung“ der Nazis recht stimmungsvoll vorgeführt. Auf der Bühne wurden über 100 weisheitsvolle Redner aufgestellt, die jedem Andersdenkenden von vornherein klar machen sollten, was er zu erwarten hat, wenn er etwa eine von dieser politischen Linie abweichende Meinung zum Ausdruck bringen sollte. Daraufhin erschien Schupo im Saal und holte unter großem Hallo die „Schüler“ der Diskussionsredner herunter und der Versammlungsleiter konnte diese Gelegenheit benutzen, schnell dem Referenten das Schlusswort zu erteilen, weil ihm nicht zugemutet werden könne, bei dieser Erregung die Diskussion fortzusetzen. Dieser Akt zeigte so recht, welche Möglichkeit man im nationalsozialistischen Lager etwa den Wählern lassen würde, die sich nicht von den Abgeordneten für ihre Haltung im Parlament zu fordern.

Und weil man — wie besonders hervorgehoben wurde — so diszipliniert ist, zog nach Schluß der Versammlung der größte Teil der Versammlungsteilnehmer nach dem Ring, in der Hoffnung, dort wieder „Deutschland ermasche!“ brüllen zu können, was man sich aber angesichts der starken Volkshetze schließlich doch schenkte. Daß man geschäftshuberisch über Böhm Eintritt verlangte, sei nebenher noch erwähnt, es zeigt, daß man aus der Praxis des zu „bekämpfenden Finanzkapitals“ schon allerschand gelernt hat.

### Verfuchter Sprung von der Dombrücke

#### Viebestummer der Grund

Am Donnerstag abend, gegen 19 Uhr, wollte die aus dem Trebnitzer Kreise nach Breslau zu Besuch gekommene 20jährige Hausangestellte Martha F. von der Dombrücke in die Oder springen, um freiwillig mit dem Leben Schluss zu machen. Da Passanten diese Absicht rechtzeitig bemerkten, gelang es, die Lebensmüde an ihrem Tun zu hindern und sie ihren Verwandten wieder zuzuführen. Viebestummer soll der Unfall gewesen sein.

# Prozesse ums tägliche Brot

### Unbegründeter Diebstahlverdacht

führte Frau Gotthilf dazu, die bei ihr beschäftigte Hausangestellte Kr. am 2. Mai 1930 fristlos zu entlassen. Die Schwester der „gnädigen Frau“ war zum Kleideranprobieren erschienen und läutete nach ihrem Weggang Frau Gotthilf an, ob sie ihre Brillantbroche dort vergessen habe. Frau Gotthilf dachte „natürlich“ sofort an ihre Dienstmädchen. Als sie sie danach fragte, wurde diese — nach Meinung der „gnädigen Frau“ — ganz bleich und zog die Broche aus der Schürzentasche. Die Schlussfolgerungen waren von Frau Gotthilf schnell gezogen, ohne weiteres Bezagen wurde die Hausangestellte fristlos entlassen. Diese wandte sich nun an ihren Verband, mit dessen Unterstützung sie vor dem Arbeitsgericht auf Zahlung von Lohn und Kostgeld bis Ende Mai 1930 in Höhe von 66,25 Mark klagte. Zu Beginn der Verhandlung behauptete Frau Gotthilf plötzlich, daß ihr a u ß e r d e m noch 20 Mark verschwendet seien, diese doch auch nur das Mädchen haben könne. Mit dieser neuen Behauptung hatte die Beklagte allerdings kein Glück, denn die Herkunft der bei dem Mädchen vorgefundenen 20 Mark konnte durch Zeugenaussage einwandfrei als Geburtstagsgeschenk nachgewiesen werden. Auf die gegen sie betreffende der Broche erhobenen Beschuldigungen eingehend, führte Fräulein Kr. aus, daß sie die Broche beim Aufräumen gefunden und in ihre Tasche gesteckt habe, um sie der Schwester der Beklagten bei deren Rückkunft wiederzugeben. Der Gewerkschaftsvertreter der Klägerin betonte, falls die Finderin tatsächlich die Absicht gehabt hätte, den Gegenstand zu behalten, sie diesen bestimmt an einem sicheren Ort und nicht in ihrer Schürzentasche versteckt hätte. Das Gericht schloß sich dieser Ansicht an und verurteilte die Beklagte zur Zahlung der eingeklagten Summe.

### War die Betriebsratswahl gültig?

Ein interessanter Prozeß beschäftigte kürzlich das hiesige Arbeitsgericht. Die Firma F. i. s. h. & Co. hatte zur Fertigstellung eines Gebäudes einen schon früher bei ihr beschäftigten Goldschmiedemeister namens W. eingestellt. Doch schon vom ersten Beschäftigungstage an wurde W. nur mit Arbeiten außerhalb der Werkstatt auf Bauten usw. betraut. Am 22. Mai 1930 wurde er wegen Arbeitsmangels entlassen. Da er aber in der Zwischenzeit von der Belegschaft zum Ergänzungsmitglied des Betriebsrates gewählt worden war, der Betriebsrat um Zustimmung zur

### Verhängnisvolle Motorradfahrt

#### Folgen der Majerei

Ein schwerer Unfall ereignete sich in der vergangenen Nacht an der Bahnunterführung in der Frankfurter Straße an der Kreuzung. Dort kam der Motorradfahrer Walter S t r o j n y, Raxbachstraße 6 wohnhaft, in hartem Tempo in der Richtung nach der Stadt gefahren und wollte in der Kurve einen städtischen Autobus überholen. Dabei verlor er die Herrschaft über das Fahrzeug, rasste gegen die Bordsteinfante und wurde mit seinem Sozius, dem Zimmermann Adolf Pfeiffer, der sein Fahrrad auf der Schulter hatte, gegen die Brückenwand der Unterführung geschleudert, wo sie beinaheungslos liegen blieben. Beide wurden in das Allerheiligsten-Hospital eingeliefert. Sie haben schwere innere Verletzungen erlitten.

### Selbstmord oder Unfall?

In ihrer Wohnung in der Lothringer Straße wurde gestern nachmittags die alleinlebende 62jährige Hausmeisterin Pauline P. durch Leuchtgas vergiftet, bewußtlos aufgefunden. Ein Hausbewohner hatte den Gasgeruch an der Wohnungstür wahrgenommen und stieg deshalb durch das angelegte Fenster in die zu ebener Erde gelegene Wohnung. Obwohl die Bewußtlose mit einem sofort alarmierten Krankenwagen in das Wenzel-Hande-Krankenhaus geschafft wurde, konnte dort nur noch der während des Transportes eingetretene Tod festgestellt werden. Da der Gasbehälter nur halb geöffnet und auch das Fenster nicht fest geschlossen war, ist bisher nicht festzustellen gewesen, ob es sich um Selbstmord oder einen Unfall handelt.

### Explosion in der Drogenhandlung

#### Glücklicher Weise niemand zu Schaden gekommen

Gestern, kurz vor 10 Uhr, wurde die Feuerwehrt nach Gartenstraße 3 alarmiert. In dem Keller einer Groß-Drogenhandlung war beim Abfüllen von Schwefelkohlenstoff in eine Glasflasche diese mit Inhalt verunreinigt durch Selbstentzündung in Brand geraten. Auch war das Feuer sofort auf das große Faß übergesprungen und hatte dieses zur Explosion gebracht. Desgleichen gerieten mehrere Korblaschen mit Äther in Brand. Durch die Explosion wurde der Abfüllende zur Seite geschleudert, ohne daß ihm nennenswerter Schaden zugefügt wurde, und zwei Kohlenstoffkessel eingedrückt. Die sofort von der Firma vorgenommenen Löscharbeiten mit Spezialfeuerlöschern hatten glücklicherweise Erfolg, so daß das Feuer nicht weiter um sich greifen konnte und sich die Feuerwehrt bloß darauf beschränken brauchte, den heiß gewordenen Raum abzukühlen und die gefährdeten Korblaschen ins Freie zu tragen.

# 3000 Ueberstunden in zwei Jahren

## Skandalöse Arbeitsverhältnisse in einem hiesigen Stahlhelmlokal

Fräulein F. war vom 18. August 1927 bis Ende August 1929 bei dem Wächter des berühmten Stahlhelmlokals auf der Diebstahlsstraße Herrn A n d e r s, als Wamieil beschäftigt. In dieser Zeit mußte sie Tag für Tag durchschnittlich nicht weniger als 14-16 Stunden für ihre nationalen Gäste arbeiten, ohne selbstverständlich die Ueberstunden bezahlt zu bekommen.

Was kümmerte Herrn Anders schließlich die Arbeitszeitordnung, die ja sowieso nur eine Erfindung „dieser Republik“ ist, was kümmerte ihn weiter die richtige Arbeitslosigkeit, wenn er nur auf Grund seiner Ausbeutungsmethoden einen netten Verdienst hatte? Doch eines Tages kam es anders. Auf Grund einer Anzeige wurde der geschäftsführende Unternehmer kürzlich wegen dauernder Ueberstreichung der zulässigen Arbeitszeit zur Verantwortung gezogen und zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt. Sicher wird wohl auch Herr Anders diese „Strafe“ mehr als eine Prämie empfunden haben. Unangenehmer wurde diese Angelegenheit hingegen vor dem Arbeitsgericht. Fräulein F. hatte sich an ihre Gewerkschaft gewandt und den Gewerkschaftssekretär Kollegen J a u e r n i d mit der Durchführung der Klage beauftragt. In der Klageurteil wurden 2855 Mark gefordert, die sich auf Bezahlung der 3000 Ueberstunden sowie einer Lohnbifferenz zum Tariflohn erstreckten.

Vor Eintritt in die Verhandlung schlug der Vertreter der Klägerin einen Betrag über 2000 Mark vor, den der Beklagte aber ablehnte und seinerseits als höchsten Betrag von 500 Mark nannte. In Gemeinschaft mit seiner Ehefrau behauptete die Gattin, geleistete Ueberstunden zum größten Teil überhaupt abzuleugnen. Frau Anders behauptete außerdem noch, daß die

Klägerin selbst gekommen sei und gefragt habe, ob sie nicht noch etwas zu tun habe. Im übrigen bestritt sie, Fräulein F. als Wamieil beschäftigt zu haben; sie sei nur „Stütze“ gewesen. Zum Beweis dafür, daß Ueberstunden doch tatsächlich geleistet wurden, verwies hierauf der Vorsitzende des Gerichts auf die Strafe, gegen die Herr Anders natürlich Berufung eingelegt, dann aber wieder zurückgezogen hatte. Da eine Einigung trotzdem nicht zu erzielen war, fällte das Gericht ein Urteil über 1400 Mark und beschloß über die Art der Beschäftigung noch Beweis zu erheben. Der Stadt Breslau aber kann nur dringend empfohlen werden, bei einer eventuellen Neuperpachtung sich etwas um die Zustände in diesem Betriebe zu kümmern. Es gibt in Breslau leider Personen genug, die als Wächter eine uesere Geschäftsführung gewährleisten, selbst wenn ihre nationale Meinung nicht so einwandfrei nachgewiesen wäre, wie bei Herrn Anders.



### Neugier, du siehst

Es hat nicht alles Besttragende bei einem Verbrechen...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

### Die Fahrabläufe

arbeiten immer noch mit dem gleichen Erfolge weiter...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

### Wieder ein Strafgefangener aufgeführt

Gestern vormittag ist vom Luftenkommando Schottwitz des...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

### Die Tätigkeit der Feuerwehr

im Monat Juni

Im Monat Juni ist die Feuerwehr 80mal ausgerückt, und...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

### Neuanfassungen der Arbeiter-Sentralbibliothek

(Ausschneiden und in den Katalog kleben.)

#### Sozialismus

- 8911 Hübner W. Unsere Feiern.
- 8890,10 Gesellschaft, Die Monatschrift, 1929, 1. Band.
- 8890,11 Gesellschaft, Die Monatschrift, 1929, 2. Band.
- 8787 Gumbel G. J. Vier Jahre politischer Korb.
- 884 Hartwig H. Soziologie und Sozialismus.
- 887 Heimann C. Die sittliche Idee des Klassenkampfes und Entartung des Kapitalismus.
- 888 Jenks D. Der Kampf um die Staatsmacht.
- 8912 Johannesohn A. Leitfaden für Sprechstunde (Jugendbewegung).
- 8434 Kampmeier und Klamm. Vor dem Sozialistengesetz.
- 891,12 Kautsky K. Die materialistische Geschichtsauffassung, 1. Band.
- 891,13 Kautsky K. Der Staat und die Entwicklung der Menschheit, 2. Band.
- 871 Kautsky K. Kämpfer der Zukunft.
- 8849 Kerker Kurt. Der Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre 1922.
- 8436 Kuhn G. "Werden und Wachsen der sozialistischen Bewegung".
- 8791 Krause G. Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland.
- 8867 Linzer Programm.
- 8865 Mikosch W. R. Geschichte der 2. Russischen Revolution.
- 8790 Müng W. Ritualmord und Eid.
- 888 Menge J. Zur Vertiefung des Sozialismus.
- 872 Reimes W. Die materialistische Geschichtsauffassung und ihre Anwendung.
- 889 Shaw B. Wegweiser für die intelligente Frau zum Sozialismus.
- 885 Sternberg F. Der Imperialismus.
- 885,1 Sternberg F. Der Imperialismus und seine Kritiker.
- 8792 Strad J. S. Die Juden, dürfen sie Verbrecher von Religionen wegen genannt werden?
- 8880 Sun Gate Sen. Aufzeichnungen eines chinesischen Revolutionärs.
- 870 Thalheimer A. Einführung in den dialektischen Materialismus.
- 8860 Wertheimer A. Das Antlitz der britischen Arbeiterpartei.
- 8910 Wexthal M. Handbuch für sozialistische Jugendarbeit.
- 8848 Zeitlin Clara. Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution.
- 8793 Zionismus, Was will der.

#### Philosophie und Religionswissenschaften

- 1019 Adler H. Ethische Lebensphilosophie.
- 1028 Dehler W. Vom Jenseits der Seele.
- 10,140 Eidermann H. Urkommunismus und Urreligion.
- 10,116 Hoensbroech. Das Papsttum.
- 10,76 Kropotkin S. Ethik.
- 10,168 Solow N. Geschichte des Zionismus.

#### Erziehung, Unterricht, Bildungswesen

- 8,12 Balabanoff A. Erziehung der Massen zum Marxismus.
- 8,129 Blankner W. Was schenkt die Natur dem Kinde?
- 8,912 Johannesohn A. Leitfaden für Sprechstunde.
- 11,50 Kraus. Die Volksschule.
- 11,40 Matzner H. Kinder unter sich.
- 11,88 Stenjed A. Beruf und Erziehung.
- 7,80 Hirschfeld W. Sexualerziehung, Sport und Spiel.
- 12,80 Beckmann A. Olympischer Sport.
- 1204 Gieseler M. Tanz für alle.
- 12,29 Feing H. Der Langstreckenlauf.
- 13,29 Roth H. Radsport und Räderkultur.
- 1288 Kraft G. Vom Komplettloos zum Massenpost.
- 12027 Wetzlar J. Hygiene des Arbeiterpostens.

#### Wanderfahrten des Schlesiens Verkehrsverbandes

Im Sonntag, den 18. Juli, fährt Breslau, Freiburger...  
Im Sonntag, den 25. Juli, fährt Breslau, Freiburger...

## Sozialdemokratische Partei

Veranstaltungen...  
Telefon Nummern 3000-3001

Direkt 1. Sonntag, den 13. Juli, Kinderfest bei Ostwerk...  
Direkt 2. Sonntag, den 20. Juli, Kinderfest bei Ostwerk...

Jugendsozialisten...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Sozialistische Arbeiterjugend...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

kennen zu lernen, veranstaltet der Schlesiens Verkehrsverband...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

### Segelberatung, Neue Taschenstraße 25, II

Sprechstunden jetzt Dienstag und Donnerstag 18% bis...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

### Rat und Auskunft für Erwerbslose

erteilt in allen einschlägigen Angelegenheiten die Erwerbslosen...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

### An die Funktionäre der Breslauer Arbeiterschaft!

Schlesiens Arbeiterpartei werden am 26. und 27. Juli...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

### Der Hauptausflug

des 3. Schlesiens Arbeiter-Turn- und Sportfestes...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

### Mit der Hapag nach England, Ferientreffen nach England

insbesondere den vielbesuchten Badeorten der englischen Südküste...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

### Sprechstunden im Kleingartenamt

eines geordneten Geschäftsbetriebes im Kleingartenamt, Breite...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

### Eintragungen an die städtischen Betriebswerke

Die städtische Betriebsdeputation weist daraufhin, daß allen Zahlungen für die...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

### Das Warmbad Berliner Platz bleibt vom 14. Juli bis

3. August 1930 einschließlich wegen Ausbesserungsarbeiten ge...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

### Die Waldfläche ausgebaut

Dieser Tage verkehrten sich undemerkte Eindringler in die Waldfläche des Verwaltungsgeländes...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

### Spazierwagen gestohlen

Heute früh gegen 4 Uhr wurde ein...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

## Arbeiter-Sport

Wassersport...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Freiwilligkeitsleistung Jugendpartei...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Von den Arbeiterkinderfreunden...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

## Vereinskalender

Deutscher Bauernbund, Bauernschaft Breslau...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Freie Turnerstaffel Breslau G. S...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Arbeiter-Athleten...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Verein Breslau...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Touristenverein „Die Naturfreunde“...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Arbeiter-Kulturvereine...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

## Konzerte / Theater / Vergnügungen

Stadtheater Breslau...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Schlesische Philharmonie...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Stadtheater Breslau...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Stadtheater Breslau...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Stadtheater Breslau...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Stadtheater Breslau...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Stadtheater Breslau...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Stadtheater Breslau...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.

Stadtheater Breslau...  
Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Kopp, Scharfstr. 11.









# Aus der Provinz

## Uniformverbot epifiziert nicht

— in Danesbut

Was Danesbut mit uns gefahren: In einer Minderungsverammlung hatten die Nazis aus Weidenburg, Schmiednitz, Freiburg, Pilsberg und anderen Orten etwa 100 Mann auswärtige Stütztrupps nach Danesbut herangebracht (wer das wohl alles bezahlt? Red.), die mit Autos anfahren und dann unter Heranführung einer Fahne und in der neuen „Taschentuchuniform“, teilweise auch in Hülserjassen, geschlossen zum Versammlungsort marschierten. Dort waren 40 bis 50 Teilnehmer, unter ihnen eine Anzahl Beamte öffentlicher Ämter, anwesend. Hier wäre die Durchführung des letzten Ministerialerlasses, solche Beamte vom republikanischen Dienst zu beurlauben, eifrig anwendbar.

### Nationale Scherzheer

Dieser Tage wurde im Süden des Kreises Grobischlitz DE. ein tschechoslowakisches Flugzeuggeschwader beobachtet, das deutsches Hoheitsgebiet überflog. Die nationale Presse stellte dazu bemerkenswerte Details fest, daß der Doppeldecker D 17 den Ort Kallstedt mehrmals überflogen habe, wobei „man den Eindruck hatte, das von dem sehr niedrig kreuzenden Flugzeug photographische Aufnahmen gemacht wurden“. Donnerweiter, müssen die Patrioten scharfe Augen haben, wenn sie von ebener Erde weg erkennen können, warum den „Eindruck haben“, daß ein Flugzeug photographiert. Derartige Fähigkeiten müssen im nächsten Kriege, der hoffentlich bald kommt, unbedingt genützt werden. Hoffentlich vergißt die „Schlesische Zeitung“ dann auch nicht, rechtzeitig auf diese wertvolle Kraft aufmerksam zu machen.

### Großstadt macht mobil

Wie die „Kattowitzer Zeitung“ meldet, sind die Offiziere und Mannschaften der Wojewodschaftspolizei, soweit sie sich im Sommerurlaub befinden, telegraphisch zur Rückkehr zum zuständigen Kommissariat aufgefordert worden. Diese außerordentliche Maßnahme wird in Zusammenhang mit der allgemeinen „Hochspannung“ der politischen Lage gebracht.

Glogau. „Hier sind wir nicht Schweidnitz!“ Bei einer Verhandlung gegen verschiedene Arbeiter wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt wurde ein Zuhörer mit zwei Tagen Haft bestraft, weil er die Hände in den Hosentaschen hatte.

Dittersbach. Beim Schlichtfeld der Arbeit. Während einer Beschäftigung auf dem Dach der Sieberei der

Rechenheit der Weidhagenstraße wurde der Grubenarbeiter Kott vom Dach herunter und tief schwer verletzt liegen.

Hammer, Kreis Grünberg. Ruffiger Lebensretter. In der Nähe von Hammer rettete am Montag der Oberpostleutnant Weismann aus Grünberg unter eigener Lebensgefahr den Schüler Schreiber und die Schülerin Kochert vom Tode des Ertrinkens. Sie waren beim Baden in der Ober in ein Dreifach geraten und durch den Strudel unter Wasser gezogen worden.

Morsleben, Kr. Döberitz. Der nasse Tod. Beim Baden ertrank hier der achtjährige Sohn des Arbeiters Vohde. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Sagan. Wassermangel legt Betriebe still. Die hiesige Papierfabrik mußte wegen Wassermangels und damit verbundenen Betriebsunfähigkeit bis auf weiteres stillgelegt werden. Das ist für die etwa 750 Mann zählende Belegschaft ein überaus schwerer Schlag.

### Sozialistischer Frauentag

7. September 1930 in Breslau

Der 7. September soll für die Proletarierin des Bezirkes Mittelschlesien zu einem Tage wichtiger Demonstration, freudvoller Erhebung und hegemonischer Kampfbereitschaft werden. Die Frauen des werktätigen Volkes der Stadt Breslau versammeln sich in diesem Tage mit den Genossinnen aus dem gesamten Bezirk, um unter roten Fahnen ein Bekenntnis für den Sozialismus abzulegen.

Programm:

6. September: Bezirks-Frauentagung im Gewerkschaftshaus zu Breslau.

7. September: Vormittags Empfang der auswärtigen Teilnehmer, Besichtigung von Einrichtungen der Stadt Breslau und anderer Unternehmungen, Nachmittags Demonstrationen nach der Jahrhunderthalle, 2 Uhr Festakt mit Fahnenaufmarsch, gemeinsamer Gesang, Kinderchöre von fünfhundert Kindern, Sprechchor der SAJ, Rezitation Ansprache und Orgelvortrage. Abends zwangloses Beisammensein im Gewerkschaftshaus.

Genossinnen und Genossen! Ruffet zum Frauentag! Spart für diesen Tag! Keine darf fehlen, die sich zu uns zählt.

Der Bezirksvorstand der SPD.  
Die Programmkommission der Frauen.

Waglan. Ein Kind vergewaltigt. Während der Fahrt der Waglan nach Danesbut wurde ein Kind vergewaltigt. Die Täter, der Straftatverdächtige wurde verhaftet und Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Liesau. Herr Babel wieder eingetroffen. Wie gemeldet, in Wien verhaftete Bankier Babel ist nach Danesbut ausgeliefert worden. Er wurde in das Hirschberger Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Grobischlitz. Die entsetzte Bahnhofsbesitzerin. Die Bahnhofsbesitzerin der Station zwischen Saleh und Döberitz in der Nähe einer Kirchhube, wie zwei Männer einen ansehenden Bewußtlosen oder Toten fortstiepten. Sie erstatteten Anzeige, worauf die angestellten Ermittlungen ergaben, daß Kirchhube einen 17jährigen Jungen beim Kirchhube ertrappt und darauf berast geschlagen hatten, daß er wie tot liegen blieb. Die Täter wollten sich des Jungen dadurch entledigen, daß sie ihn ein Kornfeld schlepten, wobei sie von den Autofahrern bemerkt wurden. Die Verletzungen des Jungen sind so schwer, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Kattowitz. Wasserstoffexplosion im Zug. Auf der Fahrt nach Kattowitz wurden die Passagiere eines Personenzuges durch eine Detonation erschreckt und in Panik versetzt, da über den noch Gasgeruch bemerkbar wurde. Eine Frau sprang in den Zug aus dem Abteil und zog sich schwere Verletzungen zu. Ein Passagier die Notbremse zog, sprangen alle anderen Passagiere aus dem abbremsenden Zug. Man stellte fest, daß ein Passagier einen Ballon mit Wasserstoff bei sich führte, der durch die Zug zum Plagen gebracht worden war.

### Wir stützen die Republik

deshalb lesen wir die Volkswacht



FILIALE BRESLAU.

### Sammlen-Anzeigen

Am 8. Juli, abends 10<sup>1/2</sup> Uhr, entschlief nach langem, schwerem Leiden in der Heilanstalt Herrpotsch unsere unvergessliche, treusorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und Taufe

**verw. Frau Florentine Kluge**  
geb. Pilschka

im 72. Lebensjahre.

Breslau, den 11. Juli 1930.  
Vinzenzstraße 31 7618

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Sonnabend, den 12. Juli, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, von der Kapelle II des Oswitzer Friedhofes

### Gesamtverband der Arbeitnehmer

Am Sonntag, den 6. Juli 1930, verstarb unser Kollege, der **Amfagelhilfe**

**Willi Hoffmann**

im Alter von 39 Jahren

Ehre seinem Andenken!

Die Oratorverwaltung

Beerdigung: Freitag, den 11. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Pohlenowitzer Friedhofes

### Speise-Eis-Müller

Tautenzienstr. 140 Ulsnerstr. 7

Die modernsten Eis-Dielen Breslaus

Eigener Molkereibetrieb  
Musikalische Unterhaltung

Aus der bekannten

**Balzac-Ausgabe**

in der Übersetzung von Hans Jacob liefern wir wieder

**„Beatrix“**

zum Gelegenheitspreis v. Mk. 1.50

Volksbuchverlag Breslau

Neue Graupenstr. 5

Friedr. ch. Wilhelmstr. 105 u. Flurstr. 4

sowie sämtliche Buchverträge

# Extra-Verkauf in Konfektion

### Damen-Kleider etc.

Sehr hübsche Sportkleider Trikoline, Panama Kunstseid. Tolle gestreift, sow. weiß u. i. fein. Pastellfarb Stück 7.90, 6.90, 4.90 2.75

Frauen-Musellkleider in hell. u. mittelfarb. Mustern, mit und ohne Arm bis Größe 52. . . . . Stück 6.90, 5.90 4.50

Jugendliche Waschkunstseidene Kleider i. viel. sehr schönen Verarbeitungen u. reizenden bunten Mustern . . . . . Stück 6.50 5.50

Waschkunstseidene Frauenkleider i. gut. Qual. u. w. wunderv. vielseitig. Must. teilw. a. blau-weiß u. schwarz-weiß. grundg., mit langem oder ohne Arm, Stück 12.50, 9.50, 8.50 7.50

Kasaks Waschkunstseide, Musseline, Zephir usw. schöne, hell, mittl. u. dunkle Farben stellung b. Gr. 52, St. 3.95, 2.95, 2.45 1.95

Sehr hübsche ärmellose Blusen a. Trikolin, Charmeuse, Panama, Feile i. weiß u. sehr schöne, feine Farben, St. 4.50, 3.95 2.45

Praktische Sportröcke a. solid strapazierh. Noppenst. a. i. groß. Weiten . . . . . Stück 3.45, 2.45 1.75

Popeline- u. Cheviot-Backfischröcke reinw. Qual. marine und schwarz, plissiert u. glatt, Stück 5.90 4.90

### Mädchen-Wasch-Bekleidung

Kleidskind-Kleidch. u. Spielhöschen Indanthren- u. Zephirqual., einfarbig und buntgemustert, für 1-3 Jahre Zum Ausschauen! . . . . . Stück 1.45, 95 85 Pt.

Mädchen-Waschstoffkleider a. Musselin-, Indanthrenstoff usw. i. reizend. kleidsam. Farb. u. Must. i. 5-14 J. für 5 Jahre Stück 2.95, 1.95 1.45

Reizende Mädchen-Sieckkleider a. i. Waschkunstseide, einstück. Must., m. hübsch. Garnierung, i. 5-14 J. Steigerung 50 Pt., für 5 Jahre Stück 2.95 2.95

Einzel und in unsortierten Größen 1 Quantum Mädchen-Übergangs-Mäntel aus verschiedenartig hochwert. mod. Stoffen engl. gemust. leicht. Wolstoff etc., i. sehr hübsch Farb. u. Verarb. i. 5-14 J. i. 3 Serien Zum Ausschauen! Stück 3.95 5.95 7.95



Indanthren Trachtenkleider 6hm. w. Abbild. 3.90  
Flottes Sportkleid aus gut. Panama, schön fall. Glücke 4.95  
Waschkunstseide-Frauenkleid b. Gr. 52 l. hdb. ch. Mustern . . . . . Stück 5.90



Waschkunstseidenkleid jugendl. i. viel. hell, schög. Must. 6.50  
Trikot-Charmeusekleid i. feinmash. gut. Qual. mod. Farb. 9.50  
Waschkunstseide-Frauenkleid wundervolle, mod. Ausm. 12.50

Mehrere hundert extra billige Backfisch-, Damen- und Frauenmäntel 7.50

### Ausnahme-Angebot in Herren-Konfektion

Herr.-Strapazierhosen in Zwirn- und Buckskinqualitäten, in soliden, gedeckten Mustern, St. 4.75 Bessere 3.95

Streifenhosen a. kammerartig, Stoffen, in vielen feinen Mustern und guter Verarbeitung. . . . . Stück 8.75, 5.95 4.95

Herren- und Burschen Sporthosen Knickerbocker u. Broches, feste Kord- u. engl. gemust. Noppenstoll, sowie mod. Karos, Stück 7.50, 5.90 3.95

Herren- u. Burschen-Windjacken a. gut. imprägn. Covercoat- und Zeltbahnstoff, in Sportform, 11.50, 9.75 5.90

Herren Loster- und Alpaka Sakkos schwarz u. blau, in guter Verarb., tadelloser Paßform, mit vollen Besätzen . . . . . Stück 11.50, 9.75 5.90

Herren- und Burschen-Anzüge ein- u. zweifelh. Form, a. verschied. gute Herrenstoffen, einfarbig u. engl. gemustert, St. 39.00, 29.50 19.50

Herren- u. Burschen Berufsämter aus fest. Robnessel u. torbig. Körper, mit 3 Taschen u. Rundgurt, St. 4.90 3.95

Damen-Berufsämter weiß Linon, auch in der amerikanischen Wickel-form, voll weit gearbeitet, mit 3 Taschen und Rundgurt, Stück 3.95 2.95

Etwas ganz Besonderes: Einzelne Russen- und Wanderkittel sowie weiße Turnerhosen in allen möglichen bewährten Farben und verschiedenen Qual., zum Ausschauen, durchweg Stück 1.95

### Knaben-Wasch-Bekleidung

Blaue Leibchen- und Kniehosen Satin und Körper, in fest. waschechter Qual., i. 2-12 J., i. 2 J. St. 1.49, 1.25 85 Pt.

Knaben-Septiphosen lester, strapazierh. Velveto, grau, braun und oliv, für 2 bis 14 Jahre, für 2 Jahre Steigerung 25 Pt. 2.45

Blaue Halbleibchenjacken 2-reihige Form mit Umlegokragen, für 2-14 J., für 2 J. Steigerung 25 Pt. 2.45

Knaben-Windjacken aus guten, imprägniert. Zeltbahnstoffen, für 5-14 Jahre für 5 Jahre Stück Steigerung 50 Pt. 3.95

### In der Putzabteilung

Kleider-Schwester aus gut. Waschtoll, in allen Größen weiß und farb. 1.25 85 Pt.

Damen-Schwester a. weiß. Waschtoll, u. gut. Qual. Stück 1.65

Großer Plapperbat modern, mit gepökeltem steppem Rand, aus guter Wascht. Stück 2.10

Damen- und Kinder-Boobikappen weiß Rippe, alle Größen, durchweg Stück 45 Pt.

Einige hundert durchweg garnierte Damen-Hüte 2.25





## Der Prozeß des Tiberius Friedmann

### Freispruch für Eifersuchtsmord Bürgerliche Geschlechtsmoral im Spiegel eines französischen Geschworenenverdicts

Eine Besonderheit der — in Deutschland durch die tolle Mißtrauensform des Herrn Guminger auf Grund des Ermächtigungsgesetzes abgeschafften — Geschworenenengerichte ist die Möglichkeit, nach persönlichem Eindruck, persönlicher Auffassung oder nach Abwägung menschlichen Gerechtigkeitsempfindens durch Verurteilung der Schuldfragen den starren Rahmen schematischer Paragraphen zu sprengen. Gedacht als ein Kollektiv des gerechten, niemals lebensnahen Rechtes, wird diese Einrichtung immer zum Ausdruck politischer Demonstration, wie dem berühmten Freispruch der Schattendorfer Arbeitermörder die Julereignisse 1927 in Wien heroorrief, oder der bürgerlichen Moralbegriffe, was in Frankreich zu der Zeit führte, daß Cheminier, die sich als gehörig erkennen und die schuldigen Nebenbuhler oder ungetreuen Gattinnen über den Tiberius Friedmann in letzter Zeit regelmäßig freigesprochen werden.

Ein solcher Prozeß spielte sich dieser Tage wieder vor dem Geschworenenengericht des Seine-Departements ab. Der Angeklagte Tiberius Friedmann, ein elegant, junger Herr, ein Verliebter und, wie es scheint, nicht übermäßig intelligent. Immerhin hat seine Begabung ausgereicht, ihn zu einem schwereren Mann zu machen.

Tiberius Friedmann stammt aus einer angesehenen männlichen Familie, studierte in Paris Medizin, führte aber ein solches Leben (bei einem Mann ist das ja ganz was anderes), machte Schulden über Schulden und verbummelte sich sehr, daß ihn die Eltern schließlich vertrieben und enterbten. Tiberius geriet in Not. Aber auf sonderbaren Abenteuerwegen leitete er sich wieder zur Höhe hinauf. Naheinander wurde er als Monteur, Dolmetsch, Eintänzer, Gefahreneshändler und als Radiogeräte-Unternehmer und machte sich endgültig als Parfümfabrikant. Er brachte nämlich eine neue Puderdose in den Handel, die nicht besser und nicht schlechter war als die übliche Puderdose der gleichen Art. Wer aber kennt die verlogenen Wege der Geschmacksentwicklung der mondänen Welt? Einmal war es für die Pariser Beweis klar: es gibt nur eine Puderdose, die die elegante Dame mit sich führen darf: die pudelose Marke Tiberius Friedmann! Dank dieser Dame verlor er die Mode war Tiberius Friedmann in kurzer Zeit ein mehrerer Millionen.

Eines Tages kam der Puderdosenkönig in einen Herrenschloß, sah dort die Verkäuferin Rebec Bignon und verfiel sich in sie auf der Stelle bis über beide Ohren. Rebec Bignon war jung und bildhübsch, erst einundzwanzig Jahre alt, ein stolzer, feiner, verwöhnter und den Männern gegenüber sehr verführerischer. Weit entfernt davon, sehr tugendhaft zu sein,

machte sie auch dem Herrn Tiberius Friedmann gegenüber gar kein Hehl daraus, daß Treue und dauernde Zuneigung nicht ihre Sache seien. Aber der Puderdosenfabrikant ließ sich nicht lodern, er bestand darauf, sie um jeden Preis zu heiraten. Rebec war ein bißchen überrascht. Aber die Aussicht, legitime Gattin eines mehrfachen Millionärs zu werden, war doch zu verlockend. Und so heiratete sie Herrn Friedmann, trotzdem sie gerade in eine sehr stürmische Liebe zu einem Fliegerleutnant verwickelt war.

Nach der Hochzeit setzte sie die Beziehungen zu dem Fliegerleutnant fort. Sie war unvorsichtig. Aufstakt den Herrn Gemahl mit Zuhilfenahme von allerlei Lügen und Tücken zu betrügen, wie das zum guten Ton des französischen Spielbürgertums gehört, ließ sie sich von ihrem jugendlichen Temperament hinreißen, die Dummheiten am hellen und lichten Tag zu begehen.

Nach vier Wochen Ehe wurde sie von Tiberius Friedmann ertappt und über den Haufen geschossen.

Selbstverständlich wurde der Prozeß zu einem „gesellschaftlichen Ereignis“. Die elegantesten Toiletten, die fashionabelsten Pandys beiderlei Geschlechts, niedrige Sensationslust, waren auswendig — kurz, das Ereignis der Saison. Am widerlichsten benahm sich diese Menge gegen den Geliebten der Ermordeten. Er wurde vom Publikum in der ordinärsten Weise geschmäht und vom Vorstehen, vom Verteidiger und vom Staatsanwalt gezwungen, in detaillierter Form über die Intimitäten seines Liebeslebens zu berichten. Aber die gerichtlichen Funktionäre zeigten dann, daß sie auch weiche Gemüter haben können. Nachdem der Staatsanwalt ein sehr lauwarmes Plädoyer gehalten und sich damit begnügt hatte, gegen den Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung eine nicht sehr hohe Gefängnisstrafe zu beantragen, kam der Verteidiger Friedmanns zu Wort. Er legte so schmalzig los, daß schon nach fünfzehnminütigem Geschwätz der erste Geschworene das Taschentuch zog und sich die Tränen von der Wange wusch. Es dauerte nicht lange und die anderen Geschworenen weinten mit. Der Staatsanwalt stand in würdevoll ergriffener Haltung da, im Publikum schluchten Männer und Weiblein im Chor und — was will man? — zum Schluß ließ auch der Vorstehende selbst kein Haupt gerührt auf die Tischplatte sinken. einen derart in Tränen aufgelösten Gerichtshof hat die Welt noch nie gesehen.

Die Beratung der Geschworenen war danach eigentlich überflüssig. Nach fünf Minuten kamen sie heraus und verkündeten die Verneinung sämtlicher Schuldfragen. Friedmann wurde freigesprochen und sofort auf freien Fuß gesetzt. Wahrscheinlich wird jetzt das Puderdosengeschäft noch heller gehen und der tödliche Revolvererschuß ein paar weitere Millionen Franken eintragen.

Einleitung der dortigen Schutzbehandlungen sich vergewissern sollen, ob das Reichsinnenministerium an diesem abwartenden Standpunkt noch festhält. 2. Nachdem die vom Institut Pasteur bezogenen Originalkulturen fast dreiviertel Jahre lang im Lübecker Laboratorium auf verschiedenen Nährböden weiter gezüchtet worden war, hätte vor der ersten Verabreichung des Schutzstoffes an die Säuglinge, dessen Unschädlichkeit im Tierversuch geprüft werden müssen. Das ist nicht geschehen. 3. Die gesundheitliche Überwachung der Schutzbehandelten Kinder war nicht ausreichend.

4. Die von Professor Deyde am 26. April 1930, also nach Erkenntnis der Tödllichkeit des verwandten Schutzstoffes vorgenommene Verneinung der nach vorhandenen Schutzstoffmengen, muß gleichgültig aus welchen Motiven sie erfolgte, als bedeutungslos bezeichnet werden. 5. Es ist nicht zu rechtfertigen, daß, nachdem am Vormittag des 26. April 1930 die Tödllichkeit des verwandten Schutzstoffes durch die Obduktion eines verstorbenen Säuglings bereits erwiesen war, noch einige Dosen des Schutzstoffes in den Händen von Bekannten verblieben. Möglicherweise wurden diese Schutzstoffmengen nicht mehr an neugeborene Säuglinge, sondern nur noch an solche Säuglinge verabreicht, die bereits vor dem 26. April den ersten, für die Frage der Erkrankung wohl entscheidenden Schutzbehandlung unterzogen wurden.

6. Es ist zu beanstanden, daß die für die Durchführung der Schutzbehandlung Verantwortlichen, wiewohl denen es zum Teil wohl auch an der genügenden Zusammenarbeit fehlte, der zunächst zuständigen Stelle in Lübeck von den eingetretenen Schädigungen zu spät Kenntnis gegeben haben. Die Reichsmedizinverwaltung wurde erst am 14. Mai unterrichtet.

Inwieweit diese Beanstandungen, die einem wissenschaftlichen Werturteil über das Calmettesche Verfahren nicht vorzuziehen wöhlen, für die Beurteilung der Schuldfrage heranzuziehen sind, wird in dem eingeleiteten Strafverfahren festzustellen sein.

## Grubenunglück auch in der Provinz Sachsen

### Zwei Tote, fünf Verletzte bei einer Kohlenstaubexplosion

Auf der Grube Paul Nr. 1 bei Lützenau wurden gestern durch eine Kohlenstaubexplosion zwei Arbeiter getötet, zwei weitere Arbeiter schwer und drei leicht verletzt. Die Verletzten sind dem hiesigen Knappschaftskrankenhaus zugeführt worden.

## Großfeuer in Berlin

Am Donnerstag nachmittag brach auf einem Grundstück im Südosten Berlins ein Brand aus, der die Alarmierung sämtlicher Feuerwehrgesellschaften der Hauptstadt notwendig machte. Beim Eintreffen der Wehren war schon die Hälfte des Dachstuhl niedergebrannt. Das Feuer griff bereits auf das darunter liegende Stockwerk über. Bei den Löscharbeiten erlitten drei Feuerwehrleute lensgefährliche Verletzungen. Der Brand wurde dadurch besonders gefährlich, daß sich hinter dem Hause eine Autotankstelle befand. Erst nach eineinhalbstündiger Tätigkeit der Feuerwehr konnte der Brand auf seinen Herd beschränkt werden. Es besteht die Vermutung, daß Brandstiftung vorliegt.

## Ein wendisches Nationalfest

Am 10. August dieses Jahres feiert die „Maschiza Erbska“, Wendischer Böhmerverein zur Pflege des volkstümlichen Lebens, das Jubelfest ihres 50jährigen Bestehens.

Die „Maschiza Erbska“ hat sich aus einem kleinen, schon 1830 in Cottbus gegründeten Verein zu einer mächtvollen Bewegung unter der Intelligenz des gesamten deutschen Wendentums entwickelt. Das bevorstehende Jubiläum soll zu einer großen Demonstration der Wenden für ihre Volkheit ausgestattet werden. Wendische Reden und Predigten, Schau aller Trachten durch Erscheinen der Wenden aus der gesamten Besiedelung des Ostens bis nach Sachsen, Gesangskonzert der bekannten wendischen Chöre von Werben, Rauen, Dissenchen, Weißagel b. V. u. a. werden zu Gehör gebracht.

Der Spreewaldverein und der Magistrat von Betschau, wo das Fest stattfindet, unterstützen die Veranstaltung aus Interesse an der Fremdenverkehrswerbung außerordentlich.

## Hier herrscht Sittlichkeit

### Sitteninspektoren in Wilacooshee über die Neger werden aufgekümpft

Eine neue Sittenordnung, die berufen ist, überall den jubelnden Beifall des internationalen Spektakels zu finden, ist in einer Stadt geschaffen worden, deren Name bisher in der Welt unbekannt war. Die Stadt heißt Wilacooshee und liegt in dem nordamerikanischen Staat Georgia.

Die Sittenordnung wurde von dem Bürgermeister der Stadt verfaßt und als Gesetz kundgetan. Danach ist es jedermann bei Strafe bis 100 Dollar oder 30 Tagen Arrest verboten, nach 1 Uhr nachts in den Straßen der Stadt spazierenzugehen, es sei denn, daß er für eine solche nächtliche Wanderung eine stichhaltige, den für diese Zwecke eigens neu geschaffenen „Sitteninspektions“-gesetzwidrige Handlung gilt, wenn jemand nach Mitternacht ein beamteter befruchtigende Erklärung zu geben vermag. Als ebenso fremdes Haus betritt und — man denke — dabei erwischt wird, wie er es am nächsten Morgen wieder verläßt. Besonders hart werden die verheirateten Männer angefaßt. Diese müssen nicht nur die genannten nächtlichen Vorschriften aufs strengste befolgen, sondern müssen sich sogar schon am hellen und lichten Tag „anständig“ benehmen! Nur ein Beispiel:

Ein Ehemann ist eines strafwürdigen Verbrechens schuldig, wenn er bei einer Fahrt, sei es auch nur in der Straßenbahn, mit einem oder mehreren Mädchen betroffen wird. Noch höher ist natürlich der Straß, wenn er eine solche Fahrt nach Mitternacht unternimmt. Straßlos bleiben nur jene Fälle, in denen die armen Sünder dem Sitteninspektoren beweisen können, daß die nächtliche Fahrt über jeden moralischen Zweifel erhaben sei. Der Bürgermeister dieser sittenstrengen Stadt, Mr. Daviss, ist nicht wenig stolz auf die moralische Tat dieses Kreuzzuges gegen die Unsitlichkeit. Er ist darob sogar, zum erstenmal in seinem Leben, interviewt worden und hat dabei erklärt: „Ich weiß nicht, ob eine andere Gemeinde dem von uns gegebenen Beispiel bereits gefolgt ist. Ich kann es aber allen Kollegen zur Nachahmung empfehlen. Wir sind die Stadt der hundertprozentigen Moral.“

Drei Tage nach diesem Interview wurden in der Stadt zwei Neger gekümpft, weil sie sich in einem Restaurant an einem Tisch gesetzt hatten, an dem schon ein Weißer saß. Hundertprozentige Moral, weiß eben, was sie heißt.

## Sturm über Trier

### Fröhliche Separatistenhege

Die feigen Ueberfälle auf angebliche oder wirkliche ehe-liche Separatisten, die bekanntlich nach einem Abkommen von 1923 Deutschland amnestiert wurden, durch nationalstiftlich aufständigen Mob dauern als Fortsetzung der Befreiungsfeier im Inland weiter an. In der Nacht zu Mittwoch kam es in Trier erheblichen Ausschreitungen. In verschiedenen Straßen werden die Demonstranten, Wohnungen und Geschäfte angezogen. Bei Anbruch der Dämmerung erschien die Polizei mit Uniformen an mehreren Stellen der Stadt und zerstreute die Versammlungen, an denen sich insgesamt etwa 100 Personen beteiligten haben. Die Straßenzugänge wurden mit starken Wasserstrahlen besetzt. Niemand durfte stehen bleiben. Die Straße, an der sich die Polizeihauptwache befindet, wurde für jeglichen Verkehr gesperrt. Vor der Wache hielten mehrere Ueberfall-Verbands, die mit Tränengasbomben ausgerüstet waren.

Um 10 Uhr mußte die Polizei, da die Ansammlungen an mehreren Punkten zu dicht geworden waren, die Ueberfall-Verbands ausweichen lassen, denen es gelang, die Demonstranten zu zerstreuen. Später mußten die Polizeikommandos die Straßen säubern. Einzelne Straßen wurden eine Zeitlang für Verkehr gesperrt. Trotzdem konnte die Polizei nicht verhindern, daß in einem Zigarrengeschäft und zwei anderen Häusern erheblichen eingeworfen wurden. Zwei junge Leute, die sich in den Anordnungen der Polizei widersetzen, wurden verhaftet. Um 2 Uhr herrschte Ruhe. Während die Polizei in der inneren Stadt für Ordnung sorgte, wurden auf die am Fuße des Markus- liegende Villa eines Zigarrenhändlers, der sich zur Zeit in Trier befindet, ein Ueberfall verübt. Die Lichtleitungen an durchschnitten und Fenster und Türen ausgehängt und zertrümmert. Das gleiche geschah mit den Möbeln in der Wohnung. Als die Polizei erschien, waren die Täter ver- schwunden.

Der Polizeibericht erklärt, daß 18 Streifen von sechs bis acht Beamten im Auto mit auf Fahrrädern nach den gefährdeten Stellen entsandt und außerdem eine große Anzahl von kleineren Gruppen eingerichtet wurden. Festnahmen hätten nicht erfolgen können, weil das in großen Massen bis spät in die Nacht die durchströmende Publikum so unverantwortlich gewesen sei, die Beziehung untreifen Täter durch seine Passivität zu unterstützen und sich so auf gleiche Stufe mit den Tätern zu stellen. Die traurigen Mut unter den Gittlichen der Nacht an Sachen hätten, die sich nicht wehren konnten. Derartige Zustände müssen nicht geduldet werden. Die Polizei werde mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen einen derartigen Vandalismus einschreiten.

## Der Lübecker Kindermord

### Eine Erklärung des Reichs-Innenministeriums

Zu dem Lübecker „Säuglingssterben“ teilt das Reichs-Innenministerium des Innern u. a. mit: Das Reichsgesundheitsamt ist dem Reichsministerium des Innern mit der Klärung der Frage beauftragt worden, ob der Calmettesche Schutzstoff die schweren Infektionskrankheiten bei Säuglingen hervorgerufen konnte, die dem entgegen zu stehen.

Das endgültige Ergebnis kann nicht vor drei bis vier Wochen erwartet werden. Soweit sich aus den bisherigen Untersuchungen des damit betrauten Professors Dr. Ludwig Lange schon jetzt ein Urteil gewinnen läßt, ist die Calmettesche Kultur vom Institut Pasteur in Paris einwandfrei geliefert, aber bei der Weiterzüchtung in Lübeck verunreinigt worden. Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß das Reichsgesundheitsamt zu den in dieser Richtung zu führenden Untersuchungen, die in größtem Ausmaß unter Verwendung von über 600 Jüngstestieren angelegt sind, alle zu Gebote stehenden wissenschaftlichen Mittel heranzieht. Der des öfteren geäußerte Wunsch nach einer Beschleunigung des Untersuchungsangeses läßt sich aber nicht erfüllen, da es sich um bakteriologische Vorgänge handelt, bei denen jeder Versuch einer derartigen Beeinflussung sich ganz von selbst ausschließt. Die Frage, ob in Lübeck alles geschah, um die Schutzbehandlung nach Calmette einwandfrei durchzuführen, ist in erster Linie Sache des Staates Lübeck.

Im Laufe der Untersuchungen hat sich hierbei allerdings sehr bald eine Reihe von Beanstandungen herausgestellt. 1. Nachdem das Reichsministerium 1927 in der Frage der Tuberkuloseimpfungsbehandlung mit leberden Bazillen Zurückhaltung empfohlen hat, hätten die in Betracht kommenden Lübecker Stellen vor-

## Treibhäuser aus Papier



Eine Art papierne Treibhaus für junge Gartenpflanzen wird durch diesen Sprühapparat erzeugt: er spritzt auf das zu bepflanzenende Erdreich eine flüssige Papiermasse, die zu einer dünnen Haut erstarrt. In die Haut werden Löcher gebohrt, in die die jungen Pflanzen eingesetzt werden. Die Haut, die weder vom Regen aufgelöst noch vom Wind fortgeblasen werden kann, erhöht die Erdtemperatur, erhöht das Unkraut und tötet das Unkraut ab — unterstützt also in mannigfacher Hinsicht das Wachstum der Pflanzen.



## Internationaler Gewerkschaftskongress

Um die Überlegung des I.O.B. — 10 Millionen Stimmen für Berlin

Stockholm, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Im Mittelpunkt der Beratungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses stand am Donnerstag die Abstimmung über die Wahl eines neuen Sitzes des I.O.B. Die Abstimmung, an der sämtliche stimmberechtigten Delegierte, d. h. 45, teilnahmen, ergab für Berlin eine Majorität von 25 Stimmen. Es stimmten 20 Delegierte für Berlin als neuen Sitz des I.O.B., während 20 sich für die Beibehaltung der Amsterdamer Zentrale aussprachen.

Grafmann vom I.O.B. berichtete über die Haltung des Ausschusses zur Wahl eines neuen Sitzes für den I.O.B. Er betonte, man könne aus den bisherigen Auswahlergebnissen ersehen, daß folgende Länder für die Wahl Berlins seien: Dänemark, England, Schweden, Österreich, Schweiz, Ungarn und Deutschland. Für die Beibehaltung Amsterdams seien Belgien, Frankreich, Holland, Spanien, Luxemburg und ein tschechoslowakischer Vertreter. Die Haltung der übrigen Delegationen sei nicht bekannt, da ihre Vertreter während der Ausschusssitzungen nicht anwesend waren. So habe sich erwiesen, daß die Gruppen, die für die Wahl Berlins seien, hauptsächlich Zweckmäßigkeitsgründe geltend machen, während die Gegenpartei daran erinnert habe, daß Amsterdam zu einem Schlagwort für die internationale Gewerkschaftsbewegung geworden sei und deshalb aus Prestige-Gründen eine Verlegung nicht empfohlen werden könne. Gegen den Vorschlag, den nächsten I.O.B.-Kongress in London abzuhalten, habe sich ebenfalls eine Gegenströmung im Ausschuss bemerkbar gemacht, die die Wahl Brüssels verlange. Die belgischen Delegierten seien jedoch nicht in der Lage gewesen, ihre Stellungnahme dazu klarzulegen. Man wisse deshalb noch nicht, ob der belgischen Arbeiterbewegung die Wahl Brüssels als Konferenzort gelegen käme.

In der Aussprache erklärte der Vlaeynd-Brüssel, er habe nach Beratungen mit seinen belgischen Kollegen inzwischen festgestellt, daß die Kongrestagung in Brüssel durchaus willkommen sei. Falls sich also Schwierigkeiten für die Abhaltung des nächsten Kongresses in London ergeben, könne Brüssel als Alternative offen gehalten werden. Vlaeynd ging dann auf die Frage Berlin oder Amsterdam ein. Er sprach sich namens seiner Delegation entschieden für die Beibehaltung Amsterdams als Sitz für den I.O.B. aus. Die Nichtstimmigen, die seinerzeit in Paris dazu Anlaß gegeben hätten, den Sitz des Bundes verlegen zu wollen, seien inzwischen aus dem Wege geräumt. Es liege also kein Anlaß vor, Amsterdam, das Tradition geworden sei und als solche Bedeutung habe, zu verlassen.

Für die Beibehaltung Amsterdams sprach gleichfalls der Reichende Johauz, er erklärte, daß er die Abstimmung des Kongresses nicht beeinflussen wolle. Man müsse sich doch die Wahl gründlich überlegen. Auch Johauz erinnerte an die traditionelle und geschäftsmäßige Bedeutung, die Amsterdam erhalten habe. Er schloß mit den Worten: „Denk nach, morgen kann es zu spät sein!“

Für die Wahl Berlins als künftigen Bundesitz sprach R. Beard-Großbritannien. Beard erklärte namens seiner Delegation, daß man nicht beabsichtige, Berlin zu einer so genannten großen Frage zu machen. Nur Zweckmäßigkeitsgründe hätten seine Delegation dazu bestimmt, Berlin vorzuschlagen und er bitte den Kongress, die Frage auch in diesem Sinne zu behandeln. — Im gleichen Sinne sprach Edward Johanson-Schweden. Er betonte, daß die Frage der Atmosphäre des permanenten Sitzes für den I.O.B. außerordentlich wichtig sei, und die Gründe, die die Befürworter Berlins im Ausschuss angeführt hätten, wie hauptsächlich die Tatsache, daß ein großes Industrieland geeigneter sei, die Gewerkschaftsbewegung anzuspornen als ein kleines Land, nicht außer Acht gelassen werden dürften. Man müsse sich außerdem bewußt sein, daß wahrscheinlich zwei Drittel des Kongresses eine Verlegung des Bundesitzes wünschten.

Abschließend ergriß Grafmann noch einmal das Wort. Er erklärte, daß er nicht als Berichterstatter spreche, obwohl er der Tagesordnung nach das Recht dazu habe. Er spreche nur als Deutscher. Die Furcht, die man anscheinend vor dem deutschen Geiste habe, sei nicht gerechtfertigt. Besonders sei es vollkommen unlogisch, wenn man einerseits, wie es der Fall sei, einen deutschen Generalsekretär wünsche, andererseits aber Hemmungen von Berlin als neuen Bundesitz erwarte. Es sei auch geltend gemacht worden, daß die politische Lage in Deutschland verhältnismäßig ruhig sei. Er könne den ausläubischen Kameraden nur versichern, daß die deutsche Arbeiterbewegung während des Rapp-Bußes hart genug gewesen sei, die Soldesta innerlich einer Woche zur Kapitulation zu zwingen, die deutsche Arbeiterbewegung trauere sich das gleiche auch jetzt zu, wenn sich die Notwendigkeit wieder dazu bieten sollte. Grafmann wies dann auch auf das zahlenmäßige Verhältnis des Für und Wider hin und erklärte, daß für die Beibehaltung Amsterdams insgesamt etwa 1.644.000 Gewerkschaftsmitglieder seien, während sich für Berlin, Deutschland nicht gerechnet, jetzt fünf Millionen Gewerkschaftsstimmen ergeben würden. Die deutschen Stimmen betrügen allein auch über fünf Millionen. Die Stellungnahme von etwas über einer Million Gewerkschaftsmitgliedern sei unbelannt. Das Ergebnis sei somit etwa 2 1/2 Millionen höchstens für Amsterdam, während über zehn Millionen sich für Berlin entscheiden würden. Grafmann betonte, daß die deutsche Delegation entsprechend ihrer früheren Stellungnahme nur dann einen Beschluß, Berlin als Bundesitz zu wählen, annehmen könne, wenn sich eine genügende Majorität auch ohne die Stimmen der Deutschen ergeben würde.

Nach der Wahl dankte Grafmann dem Kongress für das erwiesene Vertrauen. Er erklärte, daß man um die Wahl des neuen Bundesitzes gekämpft habe. Jetzt sei der Kampf vorbei und man solle sich die Hände waschen zu neuer Zusammenarbeit. Die deutsche Landesorganisation werde das Ihre tun, um die Arbeiter des Bundes nach der Verlegung des Sitzes erfolgreich zu gestalten.

Stockholm, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der Stockholmer Gewerkschaftskongress hat am Donnerstag im Beginn der Sitzung den Opfer der großen Studienanfälle im Waldenburger Revier sein Beileid ausgesprochen. Die Delegierten erhoben sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen. Der Sekretär der Bergarbeiter-Internationale, der Belgier Delattre, dankte dem Kongress für den Ausdruck des Beileids.

### In Ostpreußen gärt's

Die ostpreussische Landarbeiterbewegung durchläuft eine Erörterung und Empörung. Der Beschluß der Agrarier, die Erhöhung der erblichen Abgabe abzulehnen und darüber hinaus auch noch die tariflichen Bestimmungen zu beschneiden, hat dem Bauern Boden unter den Füßen weggerissen. Die Frage des Abbaus der Erbsteuer kam bereits in mehreren Landtags-Sitzungen zu Abrams Harten Kuchel, Vizepräsident

war die Protestversammlung in Gumbinnen; an ihr beteiligten sich über 3000 Landarbeiter. Nach den Ausführungen des Vertreters der Bauernschaft des Deutschen Landarbeiterverbandes, die eine offene Kampfkampagne an die landwirtschaftlichen Unternehmer enthielten, gelangte eine Entschließung einstimmig zur Annahme, die wie ein Warnungssignal wirkt. Die Entschließung lautet in ihrem Kernsatz:

„Die in Gumbinnen vor der Regierung demonstrierenden Landarbeiter und Landarbeiterinnen befanden, daß sie geächtet hinter den Forderungen des Deutschen Landarbeiterverbandes stehen. Die Versammelten betrachten das Verhalten der Arbeitgeber als direkte Verhöhnung der Landarbeiterbewegung. Die Demonstration ist keine Bitte, sondern eine ernste und letzte Mahnung an die Behörden und das Arbeitgeberum. Sollte der staatliche Schlichter wider Erwarten einen Schiedsspruch fällen, der den Wünschen des hungernden Landproletariats nicht Rechnung trägt, so beauftragen die Versammelten den Deutschen Landarbeiterverband, alles zu unternehmen, um die berechtigten Forderungen zur Durchführung zu bringen.“

Das ist deutlich. Das ist Alarm. Die Geduld der ostpreussischen Landarbeiter ist zu Ende. Sie müssen hungern, während das Reich den Agrariern mit der Döhrle zu Hilfe eilt. Wenn geht es schlechter: den ostpreussischen landwirtschaftlichen Unternehmern oder ihren Arbeitsträgern, die für weniger als ein Trinkgeld härteste Arbeit verrichten müssen? Die Döhrle auf der einen und die Verweigerung jeder Hilfe gegen das nicht mehr zu ertragende Lohnelend auf der anderen Seite hat unter dem Landproletariat grenzenlose Erbitterung hervorgerufen. Die Agrarier wollen nur nehmen, aber nicht geben. Selbst essen macht fett.

Auf den Schlichtungsbehörden liegt eine große Verantwortung. Sie können, wenn sie den ostpreussischen Lohnkonflikt auf die leichte Schulter nehmen, leicht einen bereits aufbrennenden Brand in eine höchst bedenkliche Gefahr für die ostpreussische Landwirtschaft verwandeln. Wir haben Entzweit. Oder rechnen die Agrarier auf die Arbeiterlos?

Die ostpreussischen Landarbeiter sind sich darüber im Klaren, daß sie jetzt wie ein Mann zusammenstehen müssen. Die Kommunisten, die wie überall, so auch bei dem ostpreussischen Landarbeiterkonflikt im Trüben fischen möchten, finden bei den Landarbeitern kein Echo. Ihr Versuch, die große Kundgebung in Gumbinnen unter ihren Einfluß zu bekommen, ist kläglich gescheitert. Sie brachten es auf sage und schreibe 200 bis 250 Mitläufer. Beim Rückmarsch schmolz ihr Häuflein auf 150 zusammen. Diese Abweisung der kommunistischen Phrasen ist um so beachtenswerter, als die ungeheure Not unter den Landarbeitern vielfach eine Verzweiflungstimmung geschaffen hat, die den Kommunisten ihr Treiben erleichtern muß. Wenn trotz aller Versuchung die ostpreussischen Landarbeiter fest zu den Weisungen des Deutschen Landarbeiterverbandes stehen und mit kühlem Kopf ihren Kampf um Lohn und Brot führen, dann verdient das bei den maßgebenden Stellen Respekt und Beachtung.

Die Zahl der englischen Arbeitslosen hat sich in der vergangenen Woche um 75.258 Personen vermehrt. Sie ist damit auf 1.890.600 gestiegen; das sind 748.218 Arbeitslose mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

## Der Anflug der Beratungsstelle

Wie denkt man sich die Regelung der privaten Anleihen?

Die neuen Richtlinien für die Beratungsstelle, die jetzt im Wortlaut vorliegen, wollen den für die Anleihepolitik der Gemeinden bestehenden Kontrollapparat nicht beseitigen, sondern ihn verstärken und verengen. Nach den Richtlinien sollen die neuen Vereinbarungen, die zwischen Reich und Ländern vorgeschlagen werden, bis zum 1. April 1927, gelten; ihr Ziel ist es, aus der bisherigen weitläufigen und in mancher Beziehung ungeordneten Regelung eine feste Randare für die Gemeinden und für die öffentliche Wirtschaft zu machen. Dadurch, daß neben den Auslandsanleihen auch die Inlandsanleihen, neben den langfristigen Anleihen auch die kurzfristigen neben den Gemeinden selbst auch die Versorgungsbetriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit, auf die Gemeinden maßgebenden Einfluß haben, einbezogen werden sollen, glaubt man, zu einer Planwirtschaft für den gesamten öffentlichen Anleihebereich gelangen zu können. Für manche grundsätzliche Freunde der Ueberwindung eines unzulänglichen freien Marktverkehrs durch planmäßige Wirtschaftsregelung — und wir gehören zu diesen Freunden — hat dieser Aufbau etwas Bestehendes. Aber es scheint uns notwendig zu sein, nachdrücklich davor zu warnen, daß man die planwirtschaftliche Form auf diesem Gebiet, die doch nur einleuchtend bleibt, mit dem sozialreaktionären Inhalt verwechselt, der alle bürokratischen Kräfte im Verein mit den Interessen der Privatwirtschaft einzuspannen sucht, gegen die freie Entfaltung der Gemeinden und im besonderen der öffentlichen Wirtschaft.

Zum Beweise unserer Auffassung seien einige Bestimmungen aus dem Entwurf der Richtlinien hervorgehoben, die zeigen, wie weit man in der Befestigung der Selbstverwaltung der Gemeinden auf dem Gebiet der Finanzierung, das nun einmal für ihr praktisches Leben das Lebensnerv ist, zu gehen beabsichtigt. Da heißt es zunächst an der Spitze der Richtlinien: „Gemeinden dürfen Geldmittel im Wege des Kredits nur bei außerordentlichem Bedarf und im allgemeinen nur für Ausgaben zu werben, die den Zwecken des öffentlichen Wohls dienen.“ „Verbundene Zwecke“, das sind wohl nach dem Sprachgebrauch Zwecke, bei denen eine unmittelbare Rentabilität gefordert ist. Die Anleiheaufnahme — und zwar gilt das gleichermaßen für den Inlands- wie für den Auslandsmarkt — würde danach also ausgeschlossen werden etwa für den Ausbau von Verkehrsanlagen, für Anlagen der Gesundheitsfürsorge, für Schulen und dgl. Das alles sind Zwecke, bei denen nach einer gesunden Finanzpolitik nichts gegen die Anleiheaufnahme spricht, aber verbundene Zwecke sind es nicht.

In Bezug auf den kurzfristigen Kredit heißt es: „Gemeinden dürfen — abgesehen von vorübergehenden, binnen längstens sechs Monaten aus laufenden Einnahmen abzudeckenden Kassenkrediten — Geldmittel im Wege des Kredits, wenn die Laufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, nur dann aufnehmen, wenn die Rückzahlung bei Fälligkeit von vornherein gesichert ist.“

Wir sind die letzten, die einer selbstfertigen Aufnahme kurzfristiger Kredite durch Gemeinden Vorwurf leisten wollen. Aber diese Formulierungen zeigen doch ein Maß von Mißtrauen, das bei der planmäßigen Regelung der kommunalen Wirtschaft nicht nur die deutschen Städte gerade auf Grund ihrer sonstigen gesunden Verwaltungsbefähigungen durch ihre Kreditausschüsse in den letzten acht Monaten nicht verdient haben.

### Was sind Hoffnungen, was sind Pläne...

Kommunisten und Betriebsrätemahlen.

Während der Betriebsrätemahlbewegung kam die kommunistische Presse aus dem Siegfeltern fast nicht mehr heraus. Nach dem Abschluß der Betriebsrätemahlen herrschte bei den großen Strategen der revolutionären Gewerkschaftsopposition gedämpfte Stimmung. Die glorreiche Taktik, die zu angeblich so großen Erfolgen führte, wird wieder einmal abgeändert, die schon tausendmal abgedrohten Parteilinien werden wieder einmal abgeändert. Man also in der Zentrale mit den Riesenerfolgen nicht zufrieden. Die Hoffnungen und Pläne Wostausas scheinen auch in der nächstliegenden Arbeitlosigkeit in Deutschland noch immer nicht in Erfüllung gehen zu wollen.

Der Kamenjammer der revolutionären Opposition ist deutlich in der vor kurzem stattgefundenen Stellungnahme des Pol.-Büros des I.R. zur Betriebsrätemahlbewegung zu Tage. Das Büro kam zu dem Ergebnis, daß die diesjährigen Wahlen ein Teilerfolg seien. Wo die „Linie der Partei“ genau durchgeführt und für die Tätigkeit der Opposition in den Betrieben eine Grundlage geschaffen worden sei, habe man Erfolge buchen können. Die Kommunisten hätten in rund 700 Betrieben die Herrschaft erlangt, hauptsächlich im Ruhrgebiet und in Oberschlesien, wo die Wehrzahl der Arbeiter organisiert und die Parteiparole am stärksten durchgeführt worden sei. Die kommunistische Opposition sei in circa 1200 Betrieben mit etwa 7000 Betriebsräten ausschlaggebend. Man könne die Betriebe aber nicht zum Kampf führen, weil die Funktionen fehlten, die die Verbindung mit der Masse der Belegschaft herzustellen hätten. In den gewerkschaftlich organisierten Betrieben müßten rote Vertrauensmännerkörper gebildet werden. Ohne diese könne man den Reformisten nicht mit der notwendigen Aktivität entgegenreten. Die Parteiparole, revolutionäre Vertrauensleute zu wählen, sei wohl fast durchgeführt worden, allein — entgegen den Parteirichtlinien — in der Zentrale statt von den Belegschaften.

Die KPD-Funktionäre haben sich also wieder einmal eine falsche Linienauffassung schuldig gemacht. Sie können einen leid tun. Wie sie es machen ist es falsch. Die richtige Linie ist zu erfassen, ist in der KPD keine Kleinigkeit. Trotzdem ist nun schon wieder eine neue Veränderung der Parteilinie beabsichtigt, wie in der erühnten Stellungnahme des Pol.-Büros zur Betriebsrätemahlbewegung mitgeteilt wurde. Verschiedene Abweichungen sind bereits vorgenommen worden. So ist die ursprüngliche Selbständigkeit der kommunistischen Betriebsrätemahlbewegung beseitigt worden. Die Betriebsrätemahlbewegung ist jetzt zusammen mit den Erwerbslosenvereinigungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) angegliedert. Es finden nun noch gemeinsame Versammlungen der roten Betriebsräte und der RGO-Funktionäre statt. Der revolutionäre Betriebsrätemahlbewegung und die Bezirksausschüsse sind aufgehoben. Der ehemalige Vorsitzende Selin, W. d. K., soll wegen Unfähigkeit abgelöst und durch Wachtel ersetzt werden. Alle roten Betriebsräte und Vertrauensleute sollen sich mit der oppositionellen Belegschaft kollektiv der RGO anschließen. Diese bekommt die Aufgabe, die notwendigen Arbeiten durchzuführen und die roten Betriebsräte in ihren Dienst zu stellen. Die oppositionellen Betriebsräte und Vertrauensleute sind zum Abonnement auf die oppositionelle Gewerkschaftspresse verpflichtet und haben monatlich 20 Pfennig an den Kampffond der RGO zu zahlen. Nun wird es wohl werden.

### Arbeitsniederlegung

bei der Maschinenfabrik Hottmann

Wie aus Dortmund und Gemeldet wird, liegt die Maschinenfabrik Hottmann in Herne still. Etwa 700 Mann haben die Arbeit niedergelegt, weil sie mit dem Abbau auf Grund des Deynhäuser Schiedspruches nicht einverstanden sind.

„Die Landesregierungen werden ihren Einfluß dahin geltend machen, daß Versorgungsbetriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit auf deren Geschäftsführung Gemeinden maßgebenden Einfluß haben. Anleihen nur aufnehmen, wenn die Landesregierung sie für bedenkfrei erklärt hat.“ Zu diesem Zweck sollen entsprechende Satzungsbestimmungen bei den betreffenden Gesellschaften eingeführt werden. Man muß sich bei der Würdigung dieser Bestimmungen immer bewußt sein, daß hinter den Landesregierungen auch noch die Beratungsstelle steht, der gegenüber die Landesregierungen sich verpflichten, keine Genehmigung zu erteilen, wenn die Bedingungen oder der Zeitpunkt der Anleiheaufnahme der Beratungsstelle für ungeeignet erscheinen.

Bei den Auslandsanleihen bleiben an sich die Richtlinien vom 21. Oktober 1927 in Geltung, aber auch hier werden die Versorgungsbetriebe der Kontrolle mit unterworfen und dem gegenüber bedeutet es wenig, daß die Beratungsstelle in Zukunft von der Prüfung des Anleiheziels absehen wird, wenn die Gutachten einholende Landesregierung den Verwendungszweck gebilligt hat.

Es ist immerhin charakteristisch, daß all diese neuen Vorschriften für verhärteten Anhebung der Gemeinden ausgearbeitet und vorgelegt worden sind, ohne daß man es auch nur für notwendig hielt, die zentralen Organisationen der Gemeinden selbst zur Beratung heranzuziehen, und ohne daß man daran gedacht hätte, die Regelung aufzubauen, auf den Eigenorganisationen, die sich die Städte mit Erfolg im letzten Jahre durch ihre Kreditausschüsse gebildet haben.

Man will, so heißt es, den Kapitalmarktplanmäßiger regulieren, aber man muß sich doch bewußt sein, daß auf der Nachfrageseite dieses Marktes nicht nur die Länder und Gemeinden und die öffentlichen Versorgungsbetriebe stehen, sondern genau die Gesamtheit der privaten Unternehmungen, zu denen auch die unmittelbaren Konkurrenzbetriebe der öffentlichen Versorgungsbetriebe gehören. Glaubt man schon auf diesem Gebiet planwirtschaftlich treiben zu können, so müßte man doch mindestens für langfristige Anleihen im Inlande und im Auslande die private Wirtschaft den gleichen Richtlinien zwangsweise unterwerfen, die für die Schuldenwesen der Gemeinden aufgestellt werden. Für die Ausgabe von Obligationen würde dazu sogar die Genehmigungspflicht auf Grund des § 795 des BGB. eine sequente Forderung sein. Eine viel weitergehende rechtliche Ausgestaltung würde es allerdings erfordern, wenn man auch in Bezug auf kurzfristige Kredite oder überhaupt auf Anleihen, bei denen Inhaberschuldverschreibungen nicht ausgegeben werden, die Privatwirtschaft der öffentlichen Wirtschaft gleichstellen wollte. Von einem solchen Versuch ist in den Richtlinien nichts zu spüren. Nur mit Wandelrichtlinien wurden Verhandlungen vorgesehen. Das scheint uns deutlich zu zeigen, daß es nicht bloß um planwirtschaftliche Wirtschaft geht, was den Verfassern der Richtlinien die Feder geführt hat. Wir halten den ganzen Versuch der Reglementierung des Kapitalmarktes für verfehlt und würden ihm im Interesse der Erweiterung der Kreditlinien für eine Arbeitsbeschaffung in der deutschen Wirtschaft ein begründetes Mißtrauen entgegenstellen.